

Volksleiter-Beitrag

**Sport heute:
vom Sonntag!**

erschienen in
Preis 10 Pf. +
die Post bez.
Anzeigen
Raum 12 Pf. +
Preis: Die be-
70 Pf. —
8 Uhr: in den
ge. Beleg-
= 60 Pf., monatlich
anzahlnummer 10 Pf. Durch
unter Einzelband 3 Mr.
ausgewählte Millimeterzelle oder deren
Besammlungsanzeigen 6 Pf. Kellame-
Die be-
Schluss der Interstatannahme in der Hauptredaktion um
in den Filialen am Tage vorher bis frühestens 18 Uhr.

für Schlesien

**Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Teichweg Straße 60. Tel.
Ladung 460 50. Telephon 439 02. Sprechst. bei Redaktion von 12-13 Uhr.
Breslau 544. Redaktion: Breslau 10, Teichweg Straße 60.
Telephon 439 02. Sprechst. bei Redaktion von 12-13 Uhr.
Montags die Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktion:
Breslau, Rummel 6. Telephon 23 54. Geschäftsst. von 8-10 Uhr.
Verlagsst.: Gumbelweg Breslau. Verlag: Schließel Verlag
Gesellschaft m. B. & Co. Breslau. — Druck: „Vorwärts“ W. B. Breslau,
Teichweg Straße 60. Telephon 464 55.

Die Bürokratie des Bergarbeiterverbandes setzt Annahme des Lohnraubschiedsspruches durch

Berraten — nicht geschlagen

**Die Kampfvorbereitungen gehen verstärkt weiter — Sozialfaschisten für Abbau des Hungerlohnes
der Waldenburger Kumpels — Angebot der Bürokraten: 5 Prozent Lohnabbau**

Waldenburg, 2. Februar. (Eigener Bericht.) Gestern fand hier die Revierkonferenz des Bergarbeiterverbandes statt, um zu dem Lohnraubschiedsspruch Stellung zu nehmen. Die Bürokratie ließ alle Register der Demagogie spielen, um den lange vorbereiteten Verrat an den sprichwörtlich hungernden Bergarbeitern so zu vollenden, daß er in seinem ganzen Umfang nicht sofort erkennbar werden sollte. Die schamlosesten Verleumdungen gegen die NSD., gegen die NSD. und unsere Genossen im Waldenburger Bezirk mußten diesem im Interesse des Geldsacks liegenden Ziele dienen. Trotzdem wurde dieses Ziel nur zum Teil erreicht. Obwohl die Konferenz in der raffiniertesten Weise geführt war — die Roten Betriebsräte der Waldenburger Gruben waren selbstverständlich nicht zugelassen —, trat eine scharfe Opposition auf, die, andere Zeiten anknüpfend, sich der jesuitischen Demagogie nicht ohne weiteres beugte.

Nicht weniger als 12 Delegierte erkannten den Lohnraub und sprachen scharf dagegen, während nur bei drei Delegierten die Demagogie versagte und diese daher für die Annahme sprachen. Unter stärkstem Druck erzwang die verräterische Bürokratie mit 130 gegen 25 Stimmen die Annahme des Schandbeschlusses.

Die Bürokraten erklärten sogar mit jenem Zynismus, der diesen Kettenhunden des Kapitals eigen ist, daß sie aus sich heraus zunächst 3 Prozent und dann 5 Prozent vorgeschlagen haben, was sie aber wohlweislich ihren Mitglidern verschwiegen hatten.

Die Waldenburger Bürokratie, die im Herzen längst eines Sinnes mit den Husenmännern im Ruhrgebiet war, ließ also — für uns nicht überraschend — die Maske fallen, nachdem sie seit Wochen in scheinheiliger Weise in der Agitation gegen jeden Lohnabbau das Maul aufgerissen, aber natürlich nur, um durch diese hochkaplerische „Strategie“ die Arbeiter unter ihrem Einfluß zu behalten. Sie mißbrauchten in schamloser Weise das ihnen noch aus Tradition entgegengebrachte Vertrauen, weil ihnen, wenn sie von Anfang an mit offenen Karten gespielt, der Verrat nie gelungen wäre. Dieses Vertrauen, das man in betrügerischer Weise aufbaute auf der Hoffnung, daß der Verband einem Abbau nicht zustimmen würde, brachte es mit sich, daß die Kumpels es nicht wahr haben wollten, wenn die NSD. und unsere Genossen ihnen sagten, daß es ihnen genau so gehen wird wie ihren Kameraden an der Ruhr und in Oberschlesien.

Nun haben sie gestern erfahren, daß die verleumdete NSD. und die 777 Kommunisten 100 Prozent, ja noch darüber hinaus, recht gehabt haben. Wohl waren unsere Genossen und die NSD. sich darüber klar, daß die Bürokratie keinen Kampf gegen den Lohnraub dulden würde, das können sie als Bundesgenossen des schwarzen Hänglers gar nicht, den sie noch vor kurzem so freudig begrüßt. Aber daß sie durch ihre Freunde im Konsumverein die angeblich gekauften Preise geliefert, um damit selbst ein Angebot auf Abbau zu fundamentieren, das übertrifft selbst unsere Erwartungen.

So hat der Lohnraub die Ruhrkumpels auch trifft, das Waldenburger Land ist nicht Ruhrgebiet. Über den ganzen Erdball haben bürgerliche Menschen Freunde das Hungerland Waldenburg „berühmt“. Millionen von Menschen hat man im Film erschütternd gezeigt, daß sich im Waldenburger Bergland Zustände herausgebildet haben, wie sie eine Parallele nur noch finden in jener Hungerperiode vor hundert Jahren im schließlichen Weiberland, die dem Dichter Gerhart Hauptmann den Stoff zu seinem Weiber-Drama geliefert.

So schuldwürdig und verbrecherisch daher der Verrat der Bürokraten an den Ruhrkumpels auch war, er reicht nicht heran an den schuldigen Gekuntenreich, der gestern am Hungerland Waldenburg von einer Bürokratie vollzogen wurde, die allerdings längst verlernt, was es heißt, hinaufsteigen in den dunklen Schacht mit der Bewußtheit, daß nicht bloß das Gespenst des Todes der Kumpel besetzt, sondern daß auch seinen Kindern, seiner Frau in der Zwischenzeit ein Gespenst Gesellschaft leistet — nämlich das Gespenst des nackten Hungers.

erkreulich, aber nicht nur ungenügend, sondern wird selber zum Verrat, wenn daraus nicht weitere Konsequenzen gezogen werden. Folgt dieser Verrat nicht auf — Hausdorf, Nisdorf, Manbach. Sozialdemokratische Arbeiter, zeigen euch jene Toten nicht, daß der gestrige Tag nur eine Fortsetzung jener von der Gewerkschaftsbürokratie schon seit Jahren betriebenen Politik ist? Warum hat der „Schwarze Tod“ sie vernichtet? Weil die Gewerkschaftsbürokraten in euch nicht Menschen sehen, sondern nur Objekte zur unbegrenzten Ausbeutung im Interesse des Profits. Jenes Profits, der einer Hand voll Grubenbaronen die Möglichkeit gibt, selber das schamloseste Verbrechen zu führen.

an Generaldirektoren, Direktoren und sonstige Einpeltiger Riesengehälter zu zahlen, während euch nur der Hunger und der „Schwarze Tod“ in Schacht bleibt. Sozialdemokratische Kumpels, hört, was euch im vorigen Jahre die Toten von Hausdorf, Nisdorf und Manbach aus den Gräbern zurufen. Der neue Lohnraub wird euch zwingen, mehr noch als bisher zu schulten, und weniger noch als bisher werdet ihr infolge dessen auf die Todesgefahren achten können. Denkt in dieser Stunde aber nicht nur an euch, sondern an eure Frauen und Kinder. Jünf Prozent Lohnraub, das bedeutet weniger Brot für eure Angehörigen, das bedeutet Verzicht auf die knappe Portion Milch für eure schon unterernährten Kinder.

Jahrelang habt ihr gehofft, die Bürokratie wird sich eurer annehmen und euch helfen den Hunger überwinden. Die Antwort war: immer mehr Hunger, verschärfte Anteilbetel und damit verschärfte Gefahr in den dunklen Schächten, in die ihr hinaufsteigt Tag um Tag, während die Grubenbarone schlafen und prassen und auch ihre Lakaien, die Bürokraten, herrlich und in Frieden leben.

Da genügt es nicht, voll Empörung nurmehr festzustellen, daß ihr betrogen und verraten seid. Der von eurem Genossen, dem ehemaligen Landarbeiter Franz, so freudig begrüßte Hungertanzer Brünning hat in diesen Tagen angekündigt, daß eine neue große Lohnsenkung eingeleitet werden soll und ebenso ein weiterer Abbau der Sozialversicherung.

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Reichsbannerortsgruppe wählt Delegierte zum Kampfkongreß gegen den Faschismus

Her zur kämpfenden Einheitsfront

In einer gütlich besuchten Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Reichsbanner am Sonntagabend des Referat über „Einheitsfront im Kampf gegen den Faschismus“ von einem Vertreter des Kampfbundes gegen den Faschismus gehalten.

Die Ausführungen unseres Genossen fanden bei der überwiegenden Mehrzahl der Reichsbannerarbeiter lebhafteste Zustimmung. Nach ausgiebiger Diskussion, in der besonders eingehend die Möglichkeiten und Voraussetzungen für die Schaffung einer einheitlichen Front aller Werktätigen im Kampf gegen den faschistischen Terror erörtert wurden, beschloßen die Versammelten, die gesamte Arbeiterchaft von Bernstadt und Umgegend aufzufordern, geschlossen in die Nazi-Versammlung am heutigen Montag zu gehen, wo ein Vertreter des Kampfbundes gegen den Faschismus mit den Nazis abrechnen wird. Ebenso einmütig wurde ein seit der Gründung dem Reichsbanner angehörender Arbeiter als Delegierter zum Kampfkongreß am 1. März nach Breslau gewählt.

Her zur kämpfenden Einheitsfront gegen den Faschismus! Tretet ein in den Kampfbund gegen den Faschismus!

Wählt überall Delegierte zum Antifaschistischen Kampfkongreß am 1. März in Breslau.

Faschisten schießen ihre Leute nieder

Kommunisten werden verhaftet — Schamlose Deke der SPD.

Durch die gesamte bürgerliche und sozialdemokratische Presse wurde gestern unter der Überschrift: „Kommunistische Wegelagerer“ folgende verlogene Meldung durch das naziverfälschte Wolff-Büro verbreitet:

unterwegs aus einem Walde von Kommunisten beschossen. Durch die drei abgegebenen Schüsse wurden zwei Nationalsozialisten schwer verletzt. Einer von ihnen erhielt einen Bedenschuß, der andere einen Schuß in den Unterleib. Er wurde in heftigstem Zustand in das nächste Krankenhaus in Görlitz eingeliefert, wo er nach seiner Verletzung erliegen ist.

Jeder unbefangene Leser wird schon aus der Aufmachung dieser Meldung un schwer den berechtigten Nazi-Politikern erkennen, unter welchem es in letzter Zeit üblich geworden ist, die feige Morde zu legalisieren. Der Zweck ist nicht schwer zu erraten. Diese Grenzfabrication gegen die SPD. soll die werdende Einheitsfront des Proletariats gegen dieses Mordegeheul und die sie schützenden Gewerkschaftsträger verhindern. Aber es wird nichts nützen, denn wie immer in solchen Fällen ist es nicht schwer, den Nachweis der Erlogenheit zu führen. In Wirklichkeit handelte es sich hier nicht um „kommunistische Wegelagerer“, sondern um „braune

W. B. Niesky (Oberlausitz), 31. Januar. In Moholz bei Niesky fand eine nationalsozialistische Versammlung statt, die dauernd durch anwesende Kommunisten gekört wurde. Nachdem es bereits im Versammlungslokal zu einer Schlägerei gekommen war, bei der ein Nationalsozialist durch Messerschläge nicht unerheblich verletzt wurde, forderte der Oberlandjägermeister zur Aufrechterhaltung der Ordnung Schußpolizei von Görlitz an. Auf der Fahrt nach Moholz traf der Postkutschwagen mit den Schupabernanten zwischen Niesky und See einen leeren Kraftomnibus, der Nationalsozialisten aus Niesky zur Versammlung nach Moholz bringen sollte, aber infolge einer Reisesperre von den Nationalsozialisten verlassen war, die sich zu Fuß zum Versammlungsort begeben wollten. Diese, etwa 20 bis 25 Mann, wurden

„Kampfbund“, die ihre eigenen Leute niedergeschossen haben. Die nachfolgende uns heute zugehende Bericht nachweist:

Niesky, 2. Februar. Die Nazis hatten für Freitag eine öffentliche Versammlung einberufen. Der Kampfbund und die SPD. beschlossen, die Versammlung zu besuchen, und sie marschierten geschloffen mit einem Demonstrationsband, Genossen Walzer, zum Lokal hin. Sie wurden gewalttätig am Betreten des Lokals verhindert, und von den Nazis mit harten Gegenständen bearbeitet, was sich die Arbeiter nicht gefallen ließen, um so mehr, als die Nazis sogar die Frechheit besaßen, den Arbeitern Sand in die Augen zu werfen. Bei diesem Zusammenstoß wurden zwei Nazis verletzt.

Da wie gewöhnlich auch die Polizei den Nazis zu Hilfe kam und dabei sehr provokatorisch benahm, steigerte das die Erregung. Erst unter Genosse Walzer den Landjäger Döring auf die Folgen aufmerksam machte, hörte die Provokation auf und die Arbeiter waren ruhig, zahlten ihr Eintrittsgeld, und die Versammlung konnte beginnen. Trotz der bekannten heftigen Ausführungen des Referenten Hartmann herrschte Ruhe. Das Bild änderte sich erst, als plötzlich das

Wälschiger Ueberfallkommando im Saale erschien.

Die Gewerkschaftskommunisten legten ein, und so kam es zur Auflösung der Versammlung. Der Kampfbund marschierte darauf geschlossen nach Niesky zurück. Das ist der einfache glatte Tatbestand, von dem nicht ein Wort hinweggenommen werden kann.

Der angebliche Ueberfall der Kommunisten aber spielte sich zu einer Zeit ab, wo die Genossen des Kampfbundes noch in der Versammlung waren. Umgekehrt um 9 Uhr hatte ein Auto mit Nazis auf der Chaussee von Niesky nach See eine Panne; die Nazis setzten ihren Marsch zu Fuß fort und wurden aus dem Walde heraus beschossen und einer von ihnen tödlich verletzt.

Wahrscheinlich hatte eine bewaffnete Naziband im Walde Aufstellung genommen, um einen ihrer üblichen Ueberfälle auf unsere Genossen auszuführen. In der Annahme, daß der vorbeimarschierende Trupp Kommunisten sind, haben dann die braunen Mordbanditen ihre eigenen Parteifreunde niedergeschossen.

Trotzdem alles feststand, daß sich unsere sämtlichen Genossen bei dem Ueberfall noch in Niesky befanden, hat die Polizei nichts eiligeres zu tun, als sofort die Verhaftung einiger Genossen und mit uns hundertschüssiger Arbeiter vorzunehmen. Es wurden unsere Genossen Walzer und Proke sowie die Arbeiter Weber und Bertel verhaftet.

Bei den Nazis aber hat man es nicht einmal für nötig gefunden nach Waffen zu suchen und es wurden auch keine Verhaftungen vorgenommen. Aber auch das ist nicht verwunderlich. Diesen Mordbanditen muß doch Gelegenheit gegeben werden, die Sache zu vertuschen.

Diese Vorgänge zeigen erneut, wie ungeheuer wichtig die höchste Aktivität bei der Schaffung der revolutionären Einheitsfront gegen die Mordpest ist. Alle Kräfte gilt es jetzt einzustellen für den antisfaschistischen Kongreß am 1. März in Breslau. Es müssen sofort Versammlungen einberufen, die sofortige Freilassung der Verhafteten gefordert und Delegierte für den Kongreß gewählt werden.

Statt Kampf gegen den Faschismus (schärfster Kampf gegen die SPD.)

Während von Stunde zu Stunde die Gefahr des Faschismus wächst und die Arbeiter, auch die sozialdemokratischen, dies immer mehr erkennen, betätigen sich die sozialfaschistischen Führer weiter als die Wegbereiter dieser Mordbanditen.

Am gleichen Tage, wo das Görlitzer SPD.-Blatt, die „Volksstimme“, über die neueste Mordtat der Nazis berichtet, gibt sie eine Rede der „linkssozialdemokratischen „Chemnitzer Volksstimme“ wieder, die den „Kampfbund gegen den Faschismus“ bezeichnet als kommunistische Organisation, abtut, und in der es um Schluß heißt:

„Die Linie der sozialdemokratischen Politik ist demnach völlig klar: Schärfster Kampf gegen die SPD. samt deren Organisationen, schärfstes Vorgehen gegen den Kampfbund.“

Während also selbst die sozialdemokratischen Arbeiter immer mehr erkennen, daß gegenüber der braunen Mordpest die geschlossene Fronte der Arbeiter notwendig ist, verkümmern die sozialfaschistischen Führer:

„Schärfsten Kampf gegen die SPD. und den Kampfbund.“

Die Antwort darauf muß für jeden ehrlichen Arbeiter lauten: Nun erst recht schärfsten Kampf allen Saboteuren der revolutionären Einheitsfront gegen den Faschismus. Alle Kraft für den Kampfbund und als nächstes Ziel für den Kongreß gegen den Faschismus am 1. März. Wählt überall Delegierte für diesen Kongreß und zeigt den sozialfaschistischen Führern, daß ihr nicht gewillt seid, euch von diesem Kampfe abhalten zu lassen.

Kommunisten und SPD.-Arbeiter gemeinsam gegen den Faschismus

Wie wir leider erst heute erfahren, haben dieser Tage unsere Genossen in Petersdorf gemeinsam mit sozialdemokratischen Arbeitern in muttergültiger Weise gezeigt, wie den sozialfaschistischen Führern zum Trost die revolutionäre Einheitsfront gegen den Faschismus geschaffen werden muß.

Am 27. Januar hatten die Stahlhelfer nach dem „Deutschen Haus“ in Petersdorf eine große öffentliche Versammlung einberufen. Aber die Arbeiterschaft hat hier als leuchtendes Beispiel für die gesamte Arbeiterschaft Schlesiens gezeigt, wie dem Faschismus erfolgreich entgegenzutreten werden muß. Bei Beginn der Versammlung war sie von revolutionären Arbeitern überfüllt. Als während des Referats, wahrscheinlich auf Veranlassung der Zeitung, ein harter Saalsturz erschien,

erhob sich ein solcher Sturm in der Versammlung, daß sich die Zeitung gezwungen sah, die Ausweisung seines eigenen Schutzes zu veranlassen.

In der Diskussion sprachen ein Sozialdemokrat und drei Kommunisten. Als bei einem „Hoch!“ auf die SPD. und Sowjetrußland ein Anzettel es wagte, ein „Hui!“ anzubringen, mußte die Zeitung der Versammlung die Ausweisung dieses frechen Burschen verweigern. Mit dem Abgehen der „Internationale“ wurde die Versammlung geschlossen.

Das Vorgehen der Arbeiter in Petersdorf muß beispielgebend für alle Werktätigen in Schlesien werden. Wenn die sozialfaschistischen Führer, wie wir das an anderer Stelle aufzeigen, mit den gemeinsamen Mitteln versuchen, die verbundene Einheitsfront gegen die Mordpest zu sabotieren, dann muß die Antwort der Arbeiter darauf sein:

Nun erst recht die Schranken niedergerissen, die von der sozialfaschistischen Führerschaft zwischen den vom Faschismus bedrohten Proleten aufzurichten versucht wird. Es gilt, dem Beispiel der Petersdorfer Proleten und der Berufstätigen Reichsbannerarbeiter zu folgen.

Die beratenen Bergarbeiter von Waldenburg

Die Gewerkschaftsbürokratie und ebenso ihre Führer im Reichstag und Landtag sind offen verbündet mit Brüning und seiner Regierung, die nur das tut, was die Geldhände von ihr fordern. Wegen dieser Politik genügt es nicht nur empört zu sein, hier gilt es zum aktiven Kampf gegen sie aufzurufen. Für aktiven Kampf aber ist nur die KPD. und die kommunistische Partei.

Jetzt heißt es nicht mit geballter Faust und einem Fluch gegen die Verräter wieder hinabzusteuern in die dumpfen Todesgräber. Jetzt gilt es, sich mit allen Kräften auf den Kampf, auf den Streik einzustellen. Etwas anderes gibt es nicht. Die Kampfparbereitungen müssen hundertprozentig gesteigert werden. In alle Bergarbeiterhirne und ebenso deren Frauen gilt es die Losung einzuhammern:

Der Streik — und nur der Streik — allein kann helfen, kann auch retten.

In Oberschlesien und an der Ruhr, im Ruhrgebiet wie überall, wo die „schwarzen Diamanten“ durch eure Hände dem Gestein abgetragt werden, rüsten die Stumpels zu neuen Kämpfen. Aber ihr dürft euch nicht darauf einstellen, zu warten, bis überall zu gleicher Zeit der Kampf aufgenommen werden kann. Die Grubenbarone im Bunde mit ihren Katalen wissen es sich gut „strategisch“ einzurichten, einen solchen allgemeinen Kampf zu verhindern. Deshalb dürft ihr nicht warten, bis auch die andern los schlagen, sondern unabhängig von den anderen Revieren den Streik bei euch vorbereiten. Jeder Kumpel ein aktiver Kämpfer. So müssen die Voraussetzungen für den siegreichen Streik geschaffen werden.

sich wandle in aktiven, entschlossenen Kampfeswillen. Geht nicht froh werden, dann wird die rote Kampfesfront sich bilden, die unter Leitung des Roten Bergarbeiterverbandes euch aus den dunklen Schächten heraus zum Streik und damit auch zum Siege führen wird!

Kein Schacht ohne Kampfentscheidung! Wo solche her ist, müssen sie erweitert, durch Solidaritätsausschüsse mit den übrigen Arbeitern und den Erwerbslosen ergänzt werden. Eine Versammlungskampagne in größtem Ausmaß muß eingeleitet werden, in denen der Verrat besprochen und die Lehren gezogen werden. Auf allen Schächten muß zur Schaffung einer wirklich kampftüchtigen Organisation, einem

Roten Bergarbeiterverband im Waldenburger Gebiet

Stellung genommen werden. Die Wahlen der Betriebsräte stehen bevor. Schon heute muß hierauf auf allen Schächten als Ziel proklamiert werden:

Auf jedem Schacht nur Rote Betriebsräte! Hinweg mit allen jenen Räten, die offen oder versteckt dem Lohnraub zugestimmt und sich als Unternehmern knechte entpuppt haben und euch wieder verraten werden!

Ihr seid nicht vom Grubekapital geschlagen, sondern von den Katalen des Grubekapitals verraten worden. Als Verräter laßt euch eurem Groll und eure Empörung nicht nutzlos verpuffen. Sorgt vielmehr dafür, daß dieser Groll und diese Empörung

Ein weiterer Schritt zur faschistischen Diktatur

Ausschaltung des Reichstags auf ein Jahr

Direktorium Brüning-Braun-Feld

Berlin, 2. Februar. Wir haben am Sonnabend berichtet, daß die Brüning-Regierung beabsichtigt, die Diktatur zunächst in Form eines Dreimännerkollegiums aufzurichten. Die Meldungen aus München, auf die wir uns dabei stützten, sind in verschleierte Form „dementiert“ worden. Aber ganz abgesehen davon, daß in solchen Fällen Dementis immer als Bestätigung aufgefaßt werden dürfen, ist inzwischen weiteres in dieser Hinsicht bekannt geworden, was geeignet ist, unsere Meldung vom Sonnabend zu stützen.

mit der Möglichkeit der Ausschaltung des Reichstages gerechnet wird.

Der berüchtigte nazifreundliche Staatssekretär Schmid, der der Volkspartei angehört, hat auf einer Versammlung in Elberfeld ebenfalls erklärt, daß der Reichstag auf ein Jahr ausgeschlossen werden soll.

Es kann demnach kein Zweifel darüber bestehen, daß die Brüning-Regierung mit Hochdruck auf die unmaskeierte rechte faschistische Diktatur hinarbeitet.

Für die Arbeiterklasse bedeutet das, sich vollkommen klar darüber zu werden, was ihr bevorsteht. Höchste Alarmbereitschaft und Entschaltung aller Kräfte für den aktivsten Kampf aller Werktätigen gegen die drohende faschistische Vernichtung.

Morgen tritt der Reichstag wieder zusammen. Unsere Leser erinnern sich, daß Brüning in Geheimnis bei den Kapitalisten in einer Rede ausgesprochen hat, daß dieser Reichstag die Maßnahmen zu beschließen haben wird, die Mussolini in Italien vor uns durchgeführt hat. Jetzt verbreitet die Brüning-Presse die Nachricht, daß

Teilstreik bei der Firma Stimmel in Hahnau

Hahnau, 1. Februar. In der Metallwarenfabrik Stimmel sind die Klempner, da der Unternehmer die Lohnsätze um 30 Prozent kürzte, in den Streik getreten. Vorher wurden die Löhne in der gesamten Metallindustrie um 6 Prozent gesenkt. Die Klempner sind bereit, mit allen Mitteln den Lohnraub abzumehren. Wir begrüßen den Streik der Klempner und fordern die übrige Belegschaft dieses Betriebes auf, aus Solidarität den Kampf ihrer Betriebskollegen zu unterstützen. Die Parole: Streik der Gesamtschicht, muß in den nächsten Stunden zur Tat werden. Nur so werden die Lohnraubpläne der Firma Stimmel zunichte gemacht.

bei Wiedereröffnung des Betriebes einen neuen Lohnabbau durchzuführen.

Dieses verbrecherische Lohnabbauunternehmen muß durchkreuzt werden. Kein Kollege nimmt die Arbeit zu neuen, verschlechterten Bedingungen auf!

DC.-Kampfkongreß werktätiger Frauen hat getagt

Sindenburg, 2. Februar. Gestern tagte im großen Saale von Viehla der Kampfkongreß werktätiger Frauen, der von 85 Delegierten und 70 Gästen besucht war. Auf dem Kongreß waren sehr viele parteilose Frauen vertreten. Das Referat hielt die Genossin Krenschke-Berlin. Im Verlauf der Tagung trafen 22 Frauen der SPD. bei.

Der Kongreß war von einem glänzenden Kampfgeist getragen und wird uns ein gewaltiges Stück in der Mobilisierung der werktätigen Frauen in Oberschlesien zum Kampf um Brot, Arbeit und Freiheit vorwärts bringen. (Ausführlicher Bericht folgt morgen.)

Stillelegung der Möbelfabrik in Hahnau

Hahnau, 1. Februar. In der Hahnauer Möbelfabrik wurde vor kurzem ein Lohnabbau durchgeführt. Die Stundenlöhne wurden um 6-10 Pfennig gekürzt. Seinerzeit war die Auslösung eines Streiks nicht möglich, weil sich die Reformisten für den Lohnabbau ausgesprochen, und somit wurde die Streikbereitschaft der Belegschaft gebrochen. Der Unternehmer, ermutigt durch das feige Verhalten der Reformisten, hat den Betrieb stillgelegt. Der Unternehmer beabsichtigt

Goebbels Mordbanditen erschließen Kommunisten

Weitere zwei Arbeiter schwer verletzt

Berlin, 1. Februar. In der letzten Nacht kam es in Charlottenburg zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, in deren Verlauf sechs Schüsse abgefeuert wurden. Der 24 Jahre alte Arbeiter Otto Grüneberg wurde durch einen Schuß getötet. Schwere Verletzungen erlitten der 25 Jahre alte Arbeiter Erich Riemenschneider durch zwei Messerstiche und der 23jährige Arbeiter Fritz Liere. Der Ermordete und die zwei Ver-

letzten sind Mitglieder der kommunistischen Partei. Vier Personen sind festgenommen worden.

Die Mordhege Dr. Goebbels zeitigt ihre Früchte. Kein Tag vergeht, wo nicht aufrechte Klassenkämpfer von den Hitler-Banditen überfallen und gemordet werden. Alles das geschieht im Interesse dieser Young-Republik. Deshalb ist es notwendig, daß der wehrhafte antisfaschistische Kampf organisiert wird. Die breitesten Schichten müssen mobilisiert werden.

Mißhandlungen im Brieger Gefängnis

Aus Briege geht uns folgender Bericht zu: Furchtbare Zustände herrschen im Brieger Gefängnis. Gefangene werden mißhandelt, bewußtlos geschlagen, und nachher in die Zelle eingesperrt. Erst am 7. d. M. hat sich wiederum ein solcher skandalöser Fall abgespielt, wo am Abend nach dem Einschluß ein Gefangener, der sich bereits einige Tage im Hungerstreik befand, mißhandelt wurde. Zu diesen Gewalttaten bedienen sich die Beamten noch obendrein Strafgefangener, ja auch in diesem Falle. Beachtlich ist das vertrauliche Verhältnis zwischen den Beamten und den Nazis,

begrüßen sich dieselben doch mit „Heil Hitler!“ Doch den anderen Insassen, die es bei anständigen Demonstrationen der Arbeiter wegen ihre Sympathie kundzutun, werden unter besondere Strafe gestellt.

In Bestätigung der im Bericht enthaltenen Tatsachen teilt uns ein Arbeiter, der um die fragliche Zeit im Gefängnis war, mit, daß er zwei Stunden lang Hülferufe gehört habe. Wir fragen den Strafvollzugspräsidenten: Ist er in der Lage und bereit, in der Öffentlichkeit Auskunft zu geben, wieso es möglich ist, daß in einem Gefängnis Gefangene wie Tiere geschlagen werden?

Bezirkstag der Rad- und Kraftfahrer in Dels

Sportgenossen, seht euch die Bezirksleitung genau an!

Am 25. Januar hielt der Bezirk II des Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbundes Solidarität Dels den jährlichen Bezirkstag ab. Vom Gau waren die Kollegen Hüner und Brühl erschienen. Kollege Parzig wurde zum Versammlungsleiter gewählt. Hierbei konnte man die Feststellung machen, wie alles schön vom Bezirksleiter vorbereitet war. Wollte er doch seinen treuen Freund Schüpe, mit dem er sich noch vor einem halben Jahr verärgert in den Saaren lag, doch einer dem anderen nicht mehr die Luft gönnte und sie sich einander Betrug vorwarfen, als Versammlungsleiter haben. Nur auf Protest des Gauleiters und der Versammlung wurde Brühl zugewählt. Nach Verlesung des letzten Protokolls gab der Bezirksleiter seinen Bericht, aus dem zu entnehmen war, daß trotz der schweren Zeit der Bezirk seinen Mitgliederbestand halten konnte; ja es ist sogar ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen. Anschließend gab der Kassierer Schüpe den Kassenbericht, der einen wahren Sturm auslöste. Man konnte sogar feststellen, daß doppelte Spesen verlangt wurden. Als einer der Delegierten dagegen Einspruch erhob, indem er erklärte, daß die Spesen, die Schüpe mit 10 Mark nach Freyhan aufgesetzt hat, zu unrecht aufgesetzt sind, da er vom Bezirk bezahlt wurde. Da war der Bezirksleiter schnell zur Stelle und leistete dem lieben Freund Hilfeleistung, indem er erklärte, das stimmt schon, Schüpe sei zweimal (?) auswärts gewesen, wofür er nichts verlangt hat (?). Die Kassenrevisoren wollten gar nicht einmal den Antrag auf Entlastung des Kassierers stellen. Nun gab der Jugendleiter seinen Bericht, aus dem zu entnehmen war, daß für alles Geld da war, nur für die Jugend nicht, und er dadurch in seiner Arbeit behindert war. Die Wandbauprüfungskommission teilte der Versammlung mit, daß 28 Delegierte anwesend sind. Anschließend gaben die einzelnen Ortsgruppen ihren Bericht. Man mußte feststellen, daß vor allem die wirtschaftliche Notlage in den Vereinen sich sehr bemerkbar macht und die Vereine auf dem Lande mit den Nazis schwer zu kämpfen haben. Nun gab der Gauleiter Hüner den Bericht vom Gau. Er erklärte, Politik, Gewerkschaft und Sportbewegung gehören zusammen. Unter anderem kam er auf die Spaltungen in Süddeutschland zu sprechen. Er erklärte, dort mußte dies geschehen, weil in den Ortsgruppen der Parteigedanke mehr gepflegt wurde als der Sportgedanke. Er erklärte weiter, daß ihm die politische Meinung eines jeden Genossen egal ist und ihm ein guter Kommunist ebenso lieb ist wie ein Sozialdemokrat (?). Er sagte ferner, daß wir ja alle schon etwas kommunistisch sind, da die Führer ihre Pflicht den Arbeitern gegenüber nicht erfüllt hätten. Weiter wies er die Delegierten darauf hin, in den Ortsgruppen dahin zu wirken, daß mit dem Bund wirklich abgerechnet wird, damit auch der Bund rechtzeitig seinen Verpflichtungen nachkommen kann. Ferner sei der Mitgliederbestand auf den Fragebogen mangelhaft angegeben. Trotz der allgemeinen Not konnte der Gau seinen Mitgliederbestand um mehr als tausend Mitglieder erhöhen. Der Gau VII weist einen Mitgliederbestand von

15048 auf. Nun kam Hüner auf das Fahrradhaus „Frisch auf“ und auf die Lindbar-Werke zu sprechen. Er appellierte vor allem an die Bundesgenossen, ihren Bedarf nur im Fahrradhaus Lindbar-Werke ab. Er betonte vor allem, daß das Unternehmen eine „Schmuggelkontingenz“ dem Fahrradhaus gegenüber ist, da dieses „hantworte, reaktionäre Unternehmen“ von den Gewerkschaften mit Spargeldern der Arbeiter, die auf der Arbeiterbank angelegt waren, ausgezogen worden ist. So manchem Sportgenossen ist bei diesen Ausführungen der Seitenstüber aufgegangen. Man mußte aber bald feststellen, daß alles nur ein Scheinmandäver war. Als nämlich Hüner der Vorschlag gemacht wurde, am Bundestag folgenden Antrag einzubringen:

„Der Bundestag wolle beschließen, daß Gewerkschaftsangehörige, die Bundesmitglieder sind, aber für Lindbar-Klame machen, aus dem Bund auszuschließen sind, da dies bundesgefährdend ist.“ Da wollte Hüner nichts davon wissen. Da konnte man sehen: eine Krähle hat der anderen die Augen nicht aus. Anschließend gab der Gauportier Brühl seinen Bericht. Aus demselben konnte man entnehmen, daß wir im Rennsport nicht den gewünschten Erfolg hatten, aber um so mehr haben wir ihn im Saalport. Vor allem, betonte der Redner, ist das Tourenfahren ins Freie sehr zu begrüßen. Auch Brühl bemängelte die Ausführung der Statistikbogen. Ferner wies er schon jetzt auf das Gaubundfest hin, das in Breslau stattfindet.

Nach diesen Ausführungen wurden die Anträge zum Bezirks-, Gau- und Bundestag beraten. Nun folgten die Vorstandswahlen; es wurden gewählt als Bezirksleiter: Hoffmann, als Sportleiter: Schüpe; als Jugendleiter wurde Schwarz vorgeschlagen, der aber abgelehnt hat mit der Begründung, daß es ihm nicht möglich ist, unter einem Diktator Mussolini als Bezirksleiter zu arbeiten. So wurde Günther gewählt. In der Beschwörungskommission stellt die Ortsgruppe Dels zwei und die Ortsgruppe-Vertheim einen Genossen. Als Tagungsort für den nächsten Bezirkstag wurde Dels, Lokal „Oberstleher“, vorgeschlagen. Als Delegierte zum Gaubund kamen Parzig, Schüpe und Hoffmann. Zu Punkt „Verschiedenes“ sei folgendes zu bemerken: Der Bezirksportleiter gab das Sportprogramm für 1931 bekannt. Unter anderem wurde das Verhalten der Bezirksleitung in puncto Lokalbestellung gerügt. Ja, man mußte sogar feststellen, daß der Bezirksleiter nicht gutem Freund so gehandelt haben, indem sie beim Bestellen des Lokals mit dem Wirt vereinbarten, daß die Bedienung keine Projekte nehmen darf. Eine Telleranmeldung sollte gemacht werden; auch die blieb weg. Wihin muß die Frau zehn Stunden umsonst arbeiten.

Sportgenossen, seht euch die Bezirksleitung an; so etwas nennt sich noch Arbeitervertreter. Um 18.30 Uhr wurde die Tagung mit einem dreifachen „Frisch auf!“ geschlossen.

ernsthaft genommen hätte. Die vier Treffer der Zirlauer waren eben so verdient, auf Grund ihres besseren Stürmerspiels als das dürftige Ergebnis der Gegenseite. Sparta war aber auch wirklich etwas vom Pech verfolgt, und zudem wurden dann die allergeringsten Chancen durch eine gewisse Nervosität bereitet. Obwohl das Spiel bis auf wenige Momente eifrig und lebhaft war, wurde der gute Eindruck durch das laute Spielen etwas vermindert. Das unberücksichtigte Pfeifchen des Schiedsrichters muß unbedingt unterbleiben, und sollten sich die vorlauten Spieler erst einmal grundständig mit Spielhandschellen befassen. — Stern II — Sparta II 0:0.

BfL Konradswaldau. Am Sonntag weilten drei Mannschaften von BfL in Jauer zu Gast. Die Resultate lauten: 1. Jugend BfL gegen Freya 1. Jugend (Bezirksmeister) 6:0 für Freya (4:0 Halbzeit). 2. Mannschaft BfL — Freya 2. Mannschaft 7:1 für BfL (4:1 Halbzeit). 1. Mannschaft BfL — Freya 1. Mannschaft 5:2 für BfL (2:2 Halbzeit). — zehn Minuten nach Anstoß ging Freya mit dem ersten Treffer in Führung, wonach gleich der zweite folgte; aber dieser Erfolg sollte ihnen nicht lange beschreiben sein, denn nach gutem, flottem Spiel gelang es BfL, bis zur Halbzeit 2:2-Ziel zu erreichen, und nach Verfehlen noch drei Treffer einzulanden, womit BfL den 5:2-Sieg verdient errang. Die Platzverhältnisse waren nicht besonders, und der Schiedsrichter hat vollkommen versagt.

Blau-Weiß Dels I — Janal I 3:4
Blau-Weiß II Dels — Janal II 4:0

Janal war am Sonntag vor acht Tagen mit zwei Mannschaften in Dels zu Gast. Das Spiel der zweiten Mannschaften entschied Dels für sich. Anschließend trafen sich die ersten Mannschaften. Blau-Weiß, der seine Elf erheblich verstärkt hat, gelangt gleich zu Anfang zum ersten Erfolg. Durch Halblinks erzielt Janal den Ausgleich. Durch gutes Spiel bleiben dieselben leicht im Vorteil, und durch veränderten Elfmeter gelingt ihnen die Führung; dieselbe wird durch ein weiteres Tor erhöht. Durch Selbsttor des linken Läufers kommt Dels zu einem billigen Erfolg, doch stellt wiederum der Halblinks von Janal das alte Verhältnis her. Mit diesem Resultat geht es in die Pause. — Dels hat umgestellt und erzwingt ein offenes Spiel. Durch die Mitte gelingt es, ein Tor aufzuholen. Das Spiel von Seiten Dels wird immer schneller, es soll unter allen Umständen der Ausgleich erzielt werden, und die Hintermannschaft von Janal muß schwere Arbeit leisten, die sie aber zur Zufriedenheit erledigt. Die letzten zehn Minuten drückt Blau-Weiß stark. Es ist ihm aber nicht vergönnt, den Ausgleich zu erzielen, so daß Janal knapp, aber verdient, als Sieger den Platz verläßt. Die Spiele litten sehr unter den knappen Platzverhältnissen. Daraus ist wohl auch zu erklären, daß es manchmal zu unndigen Härten kam, die in Zukunft vermieden werden müssen. Der Schiedsrichter war nicht auf der an ihm gewohnten Höhe.

Sport in Konradswaldau

Am Sonntag vor acht Tagen standen sich folgende Mannschaften gegenüber: Um 8.30 Uhr 2. Mannschaft BfL — 1. Mannschaft Peterwig. Das Spiel endete mit 3:2 für BfL. Konradswaldau. Um 10 Uhr standen sich 1. Mannschaft BfL und 1. Mannschaft Freiburg gegenüber. Das Spiel endete mit 6:2 für BfL. Konradswaldau. Freiburg war allerdings mit nur acht Mann angetreten. Wegen des schlechten Platzes konnte kein vernünftiges Spiel ausgetragen werden.

„Freie Turner“ I Königszell — „Jahn“ I Benzig 5:3 (3:0)

Vor ungefähr 1250 Zuschauern eröffnete Benzig das mit großer Spannung erwartete Spiel. Beide Mannschaften spielen zu Anfang ziemlich zerfahren, und Benzig bringt den ersten Schuß auf den Kasten, der aber gehalten wird. Nach zehn Minuten Spieldauer überwindet der Halbrechte der Turner zum erstenmal den Benziger Torwart. Jetzt ist es die Turner-Elf, die etwas überlegen spielt und Halblinks den zweiten Treffer anbringen kann. Zeitweise wird auch Benzig gefährlich, doch der Torwart und die Verteidigung können immer noch zur rechten Zeit klären. Nachdem die Turner noch einen Erfolg für sich buchen können, werden die Seiten gewechselt. — Nach der Pause wird das Spiel wieder flott durchgeführt. Die Turner senden zum viertenmal ein. Nun geht aber Benzig aus sich heraus und kann auch dreimal einladen, nachdem die Turner den fünften Treffer angebracht haben. Beide Mannschaften zeigten gute Leistungen, soweit sie der nasse und glatte Platz zuließ. Eine Kritik an der Turner-Elf zu üben wäre verfehlt, gab doch jeder Spieler sein bestes. Auch die Benziger Elf war gut, mußte aber dem Sieg der besseren überlassen. Die Turner-Elf kann mit guter Hoffnung zu dem Schlußspiel um den Kreismeister gegen „Sportfreunde“ am 22. Februar antreten.

Bezirksauscheidungskämpfe im Ringen und Stemen

Am 8. Februar in der Lessing-Turnhalle: Männer-Stemen in sieben Gewichtsklassen — Bierlampi; bestarmig Reizen und Stößen, heidarmig Reizen und Stößen — Männer-Ringen in sieben Gewichtsklassen. Der Sieger im Bezirk kommt in den Kreis, der Sieger im Kreis kommt in die Gruppe, der Sieger in der Gruppe ist Teilnehmer an der Olympiade in Wien.

Die Jugend und die Schüler ringen nur im Bezirk. Meldebüchlein aller Vereine am 31. Januar 1931.

Der Lehrgang in Gymnastik und Leichtathletik in der Couerbrunn-Schule, der am 1. Februar stattfinden sollte, muß aus technischen Gründen auf den 1. März 1931 verschoben werden. Anfang 9 Uhr.

Eine verfehlte Gemeinheit in Dels

Von unserer roten Sportlerin aus Dels wird uns berichtet: Seit Besetzen des roten Sportvereins in Dels vergeht kaum ein Tag, daß die führenden Funktionäre der dortigen Bewegung, insbesondere der Genosse Kasmarck, in der übelsten Weise mit Schmutz beworfen wird, lediglich zu dem Zweck, um den rapiden Vormarsch der revolutionären Bewegung zu verhindern. Am Dienstag, dem 20. Januar, trug sich wieder folgender bezeichnender Vorfall zu. Eine Horde dieser Leute zogen großtun, und um der verhassten roten Bewegung ein auszuweichen, das Vereinskleid von Blau-Weiß färbend, durch die Straßen. Den dazugehörigen Mut hatte man sich vorher in genügender Quantität Alkohol zugeführt. Passanten, denen man begegnete, wurden angepöbel. Leider hatten die Herrschaften diesmal Pech, da sie ermittelt wurden. Es handelt sich zum Teil um Mitglieder des reformistischen Vereins BfL Dels und Mitglieder der SPD oder SAJ. Die Namen derselben sind: Walter Horn, Erich Scholz, Gustav Rademan, Kurt Weiß, Fritz Langner, Karl Auster.

Sport vom Sonntag

Der gestrige Sonntag brachte sämtliche ersten Mannschaften der ersten Fußballvereine Breslaus auf das Spielfeld, und man muß sagen, daß es in der roten Sportbewegung bei uns in Breslau bei den Fußballern am meisten vorwärts geht. Das spielerische Niveau der Vereine kann natürlich in den meisten Fällen noch nicht so auf der Höhe sein, jedoch sah man am gestrigen Tage bereits Zeichen von Verbesserungen auch bei den bisher wenig hervorgetretenen roten Fußballern. Alles auf einmal ist nicht möglich, doch ist der Aufbau der Vereine stabil, die Mannschaften können dem Zuschauer vielversprechendes Können zeigen. Was wollen wir mehr?

- Grün-Weiß I — Janal Lomb. 6:2.
Solidarität I — Pfeil I 4:0.
Dynamo I — Fichte I 3:2.
Rot-Weiß I — Blau-Weiß I Dels 6:1
Rot-Weiß II — Blau-Weiß II Dels 8:4.

Am 10 Uhr trafen auf der Brückenane Grün-Weiß und Janal zusammen, um den erschienenen Zuschauern ein Freundschaftsspiel vorzuführen. Janal, die mit nur 10 Mann antraten, wurden mit einem Resultate niedergelagert, was wohl auf dem Spielfeld zahlenmäßig richtig, aber nicht gegen eine erste Mannschaft von Janal gewonnen werden konnte.

Grün-Weiß hat Ansturm, und es entwickelt sich ein flottendes Spiel, in welchem es Janal gelingt, zum 1:0 und kurz darauf zum 2:0 einzuführen. Durch veränderten Elfmeter holt Grün-Weiß ein Tor auf, auch gelingt ihnen bis zur Halbzeit der Ausgleich. Nach der Pause sibt Grün-Weiß ständig vor dem Tore Janals, und vier weitere Tore sind die Ausbeute des zum Schießen gut aufgelegten Grün-Weiß-Sturmes, so daß das Spiel mit 6:2 gewonnen wird.

Solidarität und Pfeil trafen sich um 14 Uhr, und die dort zahlreich erschienenen Zuschauer bekamen ein Spiel vorgeführt, das bestimmt zum besten Erscheinen bei roten Fußballspielen Anlaß gegeben hat.

Mit dem Anpfiff des Schiedsrichters Horn entwickelt sich ein flottendes Spiel, in welchem die debütierende Solidarität-Mannschaft besseres Zusammenwirken verrät. Pfeils Verteidigung jedoch ist auf der Hut, und torlos geht es in die Halbzeit. Nach der Pause stellt Pfeil um, doch die sich immer besser findende Solidarität-Mannschaft gewinnt durch Schießen von vier Toren das Spiel. Beide Mannschaften waren gut, technisch jedoch Solidarität besser. Man wird von dieser aufstrebenden Obertormannschaft in der Serie Überwachungen erleben können.

Dynamo und Fichte trafen sich um die gleiche Zeit auf der Brückenane vor zahlreich erschienenen Zuschauern. Um es vorweg zu sagen, litt das Spiel unter der großen Bläse des Platzes, der, wie wir annehmen, von einem Schneepflug nicht richtig gefäubert wurde. Fichte stellte eine technisch bessere Mannschaft, doch zeigte es sich deutlich, daß nicht ein einzelner Fußballspieler Spiele gewinnen kann, sondern daß Zusammenhalt und Mitspielen der ganzen Mannschaft der Kernpunkt des Fußballspiels sind.

Dynamo hat Ansturm, und es entwickelt sich ein flottendes offenes Spiel, das beiden Gegnern gleiche Vorteile bietet. In der 16. Minute gelingt es dem Halblinks von Fichte nach einer Kombination mit dem Mittelstürmer zum 1:0 einzuführen und später dem Mittelstürmer durch Kombination des Halblinks zum 2:0. Es geht nun in die Pause, und niemand glaubt wohl an einen Sieg Dynamos, die sich jedoch mächtig ins Zeug legen, doch im Augenblick gelingt nichts. Fichte wird wieder besser, doch ein Weichschuß kann der Fichtertorwart nur abwehren, und der nachziehende Mittelstürmer sendet ein. Die letzten fünf Minuten sieht man wohl Einzelkräfte von Fichte am Werk, doch die zu weit aufrückende Verteidigung muß es auf ihr Konto nehmen, zwei weitere Tore durch lange Vorlagen Dynamos ins eigene Netz gehen zu lassen, um damit ein schon gedacht gemomentes Spiel verlieren zu sehen. Schiedsrichter Runzke (Pfeil) war nicht auf der Höhe seines sonstigen Könnens und muß sich in erster Linie ein Mißlaufen angewöhnen.

Auf dem Minerva-Sportplatz, verlängerte Lange Gasse, spielte Rot-Weiß gegen Blau-Weiß Dels ihr fälliges Recontrepiel und erzielte den Weistrieb zugunsten von Rot-Weiß.

Rot-Weiß muß sich diesesmal mächtig strecken, um gegen die stark verbesserte Blau-Weiß-Mannschaft bis zur Pause den Führungstreffer zu erzielen. Nach Halbzeit sibt Rot-Weiß fast dauernd vor dem Tore des Gegners, und fünf weitere Treffer können gebucht werden, während Blau-Weiß beim Stande von 3:0 den Ehrentreffer erzielt. Der Sieg von Rot-Weiß war verdient, doch hätte ein Resultat von 3:1 die Spielstärke besser angegeben. Vor dem oben erwähnten Spiele handelten sich die zweiten Mannschaften beider Vereine gegenüber und gewann Rot-Weiß dieses Spiel 8:1.

Heute, Montag, tagt der Agitationsbezirk in Variels Bierstuben, Lange Gasse. Vor den Verhandlungsausschüß werden hiermit Gebrüder Schöke (Dynamo) und Lajsch (Pfeil) für 20.30 Uhr geladen.

Freie Sportvereinerung 1897. Am heutigen Montag, 20 Uhr, Handballerführung bei Klante; die Jugend erscheint ebenfalls. — In der Turnhalle Waterloostraße ist jeden Donnerstag, ab 20 Uhr, ein Übungsabend der Vereinigung, wo Ringen, Heben und Gymnastik betrieben wird, und haben Interessenten Zutritt.

Achtung! Mitglieder der freien Vereinigung! Euer Vorstand versucht, auch den Anstich eines Genossen zu verhindern. Nehmt dazu Stellung.

Sportverein Fichte. Am 3. Februar, um 19.30 Uhr, findet unsere Monatsversammlung bei Schnieder, Uferstraße 43, statt. Es ist Pflicht jedes Genossen, zu erscheinen. Neuaufnahmen werden in derselben vorgenommen. Es ist jede Sportmöglichkeit gegeben.

Fußball

Stern I Zirlau — Sparta I Striegau 4:1 (1:1)
Vor acht Tagen, so weilten auch diesen Sonntag Gäste aus dem 6. Bezirk in Zirlaus Mauern. Es war zu erwarten, daß Zirlau in der jetzigen Form schwer zu schlagen sein würde. Stern hätte sicher noch etwas höher erfolgreich sein können, wenn es das Spiel wirklich

Rund um den Erdball

Berliner Mordprozeß Ulbrich unter Ausschluß der Öffentlichkeit

Wie die Mordtat vollbracht wurde

Die Angeklagten rekonstruieren im Gerichtssaal die Tat

Der dritte Verhandlungstag im Mordprozeß gegen Lieschen Neumann, Stolpe und Benzinger, begann unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Nur den Vertretern der Presse wurde nach schriftlichem Antrag der Zutritt zur Verhandlung gewährt. Hunderte von Zuschauern, die sich heute in aller frühesten Morgenstunden eingefunden hatten, mußten umkehren. Die „Damen“ und „Herren“ im Herz, Spofium oder Gehpelz stiegen eubdrt in ihrer Autos und fuhren davon, um erst nach vier Stunden, nachdem die Öffentlichkeit wieder hergestellt war, wiederzukehren.

Erstütternde Zeugenaussagen

Der Vorsitzende Schmitz hat anscheinend schlecht geschlafen. Er geht mit augenscheinlicher Schärfe gegen die Angeklagten vor, wenn diese eine Frage nicht gleich verstehen oder dieselbe nicht beantworten wollen. Der Angeklagte Stolpe hat tiefe Ränder um die Augen, sieht angegriffen und übernächtigt aus.

Es wird der Zeuge Kriminalsekretär Smottons vernommen, der langweilig und breit mit pathetischer Stimme seine Aussage macht. Er äußert sich zu den aufgenommenen Protokollen, besonders darüber, was zwischen Lieschen Neumann und Ulbrich in der Nordnacht geschah.

„Das Mädchen“, sagt er, „hat zu Ulbrich, als sie ins Bett gingen, gesagt, sie wolle jetzt keinen Verkehr mit ihm haben. Das könne man bis morgen aufschieben, und dann könnte man gleich gemeinsame Photos machen. Ulbrich fragte sie bei dieser Gelegenheit, ob er an ihrer Schwangerschaft schuld sei. Er müßte schon irgendwie für mehrere bezahlen. Im Bett sagte Ulbrich zu ihr: „Jetzt kommst du dran.“ Lieschen erwiderte: „Nein, erst morgen früh.“ Darauf antwortete Ulbrich: „Wenn du jetzt nicht willst, dann kannst du gleich gehen, denn dann rücht du morgen früh doch aus.“ Darauf habe sie ihn gewähren lassen, damit ihr Plan nicht vereitelt würde.“

Lieschen Neumann erklärt, was sie auf der Polizei gesagt habe, sei nicht wahr gewesen. Ulbrich habe sich ihr nur mit Worten genähert.

Richter (nervös): „Gangen Sie jetzt keine Menzente an. Haben Sie mit Ulbrich jemals Verkehr gehabt?“

Lieschen: „Nein, er versuchte es nur einmal, als er die Redtaufnahmen machte.“

Der Mord wird im Gerichtssaal rekonstruiert

Nachdem Kriminalkommissar Thomas vernommen ist, wird die Mordtat im Gerichtssaal rekonstruiert. Benzinger und Stolpe weigern sich anfangs, die Tat darzustellen. Sie würden es nicht aushalten. Nach langem Zureden demonstrieren beide es doch, wie Ulbrich getötet wurde. Ein Wachtmeister, der den Ulbrich darstellen soll, erklärt, er wolle noch nicht einmal zum Schein ermordet werden. Der Sachverständige Dr. Abraham übernimmt freiwillig die Rolle des ermordeten Ulbrich.

Es zeigt sich ganz klar, daß Stolpe, der immer wieder erklärt, er habe Ulbrich nicht töten wollen, beim Zugreifen den Daumen gegen Ulbrichs Kehle gedrückt hatte, um dann dem aufs Bett stürzenden Ulbrich den Kopf in die Kissen zu drücken. Benzinger hat, als ihm Stolpe zurief: „Geh an!“, einen Moment

Jarenkirche als Revolutionsmuseum

Wo früher Weihrauch nebelte, bringen jetzt Kulturfilme Aufklärung

Die Jar-Mezander-II.-Gedächtniskirche in Leningrad, die seinerzeit an der Stelle errichtet wurde, wo der Jar am 1. März 1881 durch eine Bombe hingerichtet wurde, ist vom Leningrader Stadtsowjet der „Gesellschaft der ehemaligen politischen Gefangenen“ zur Verfügung gestellt worden. Die Kirche wird in ein Revolutionsmuseum umgewandelt, das der Erinnerung an die „Partei der Volksfreiheit“ („Narodnaja Wolja“) dienen soll und auch ein Kino zur Vorführung revolutionärer und antireligiöser Filme enthalten wird.

Furchtbarer Racheakt einer verärgerten Schwiegermutter

Fünfundzwanzig Hochzeitsgäste vergiftet

Italienische Großbäuerin versetzt ein ganzes Dorf in Aufregung und Trauer

Einen entsetzlichen Ausgang nahm in einem Dorf der italienischen Provinz Benevent eine lustig begonnene große Bauernhochzeit. Dort vergiftete eine in ihrem Mutterstolz beleidigte Großbäuerin fast die ganze Familie der ihr nicht genehmen Schwiegertochter. Nicht weniger als 25 Personen wurden in sterbendem Zustand ins nahe Bezirkskrankenhaus gebracht.

Die Vorgeschichte dieses ländlichen Dramas, das sich in einer früheren Ede Mussolinis abspielte, zeigt mit erschütternder Eindringlichkeit, wie die jahrhundertlang von der christlichen Kultur gepflegte Besitztüchtigkeit die Menschen zu den furchtbarsten Taten hinreizen kann. Der Sohn dieser Großbäuerin hatte sich in die hübsche Tochter eines Nachbarn verliebt, die er auch zu heiraten gedachte. Doch da diese Schwiegertochter nicht genügend Besitz mit in die Ehe brachte, leistete die Großbäuerin dieser Vereinerung lange Zeit erbittertesten Widerstand. Da der Sohn jedoch nicht von dem Mädchen seiner Wahl abließ, gab die Mutter schließlich weichen nach. Sie wurde über Nacht logar

die Seine Ulbrichs gehalten, dann aber gleich wieder losgelassen, da er in der Angst seine Notdurft verrichten mußte. Die beiden Angeklagten sind nach der Rekonstruktion sichtlich erschüttert.

Ein ahnungsloser Engel

Als nächste Zeugin wird die Freundin von Ulbrich, Fräulein Seemann, ein noch nicht 20jähriges Mädchen, vernommen. Sie war dreieinhalb Jahre lang Ulbrichs Werkzeugin und führte ihm viele Mädchen ins Haus. Sie will nicht ge-

mußt haben, daß Ulbrich mit den Mädchen geschlechtlich verkehrte. Zeuge Bauer, der beste Freund des Ermordeten, gibt Aufschluß über die Vergangenheit Ulbrichs, der vor Jahren in Kinos und Varietés mit seiner Freundin „Mona“ lebende Marmorplastik darstellte.

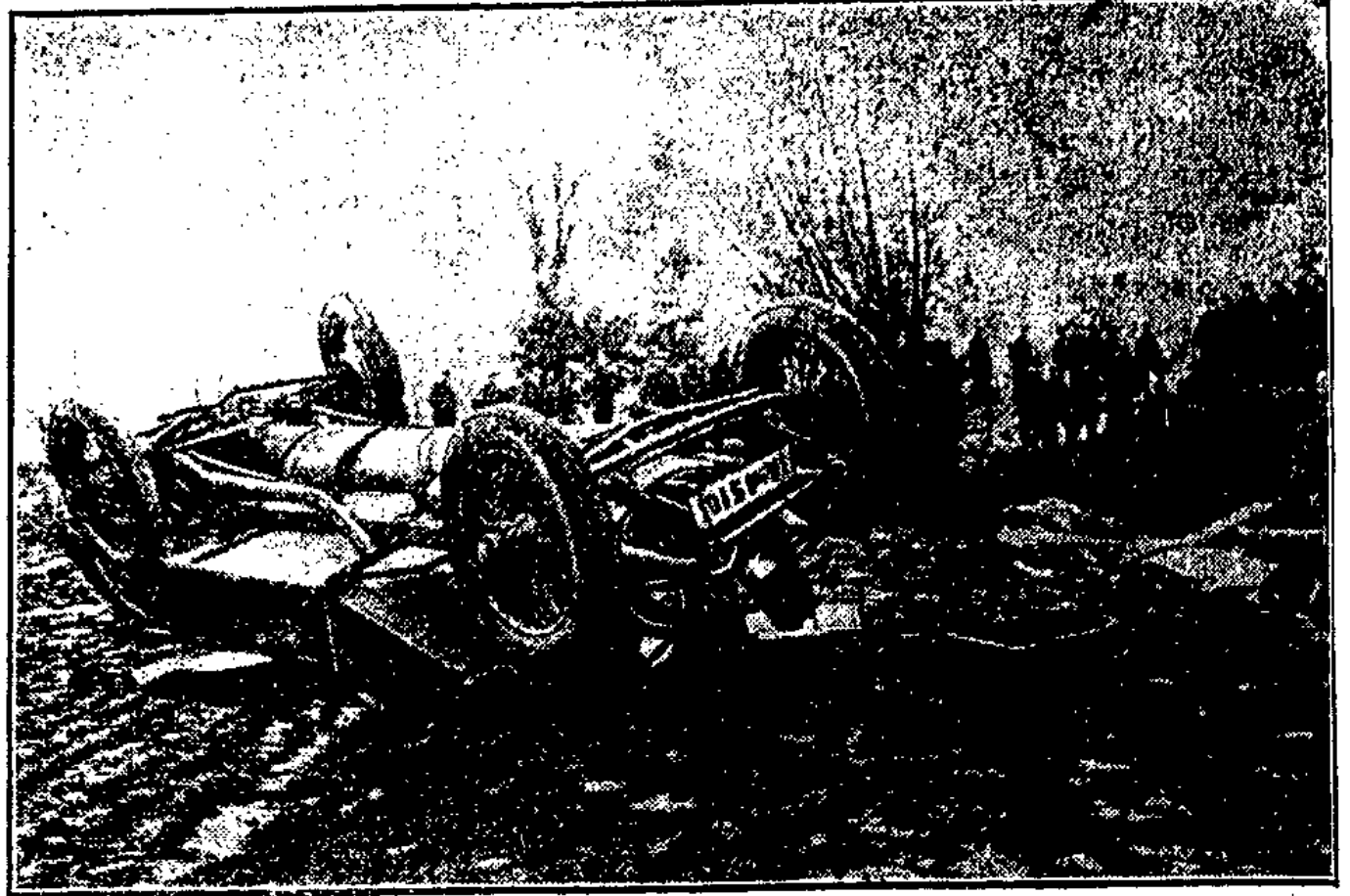
Nach einer kurzen Pause, wird die Öffentlichkeit wieder hergestellt. Sofort füllt sich der Gerichtssaal mit neugierigerem Publikum.

Zwei Zeugen, ein Landwirt aus Redel und ein Landgendarm die den Angeklagten Stolpe seit 1928 kennen, als er dort Kuhhüter war, können über Stolpe nur gutes sagen. Er war immer arbeitsam, pünktlich und gutmütig.

Der Vater des Angeklagten Stolpe verweigert die Zeugenaussage. Der 19jährige Willi Wolf, der mit Stolpe den Schmacher Ulbrich erprobt, erklärt, das waren keine Erpressungen. Ulbrich habe die Uhr freiwillig gegeben und auch freiwillig gegen 25 Mark Bargeld umgetauscht. Sie hätten später nochmal 20 Mark von Ulbrich geholt, weil sie für Lieschen die Zimmermiete bezahlen wollten.

5 Tote bei einem Auto-unglück

Bei dem Dorfe Mörschelwitz, an der Landstraße Schweidnitz-Breslau fuhr ein Personenauto in einer Kurve in den Straßen-graben und überschlug sich mehrfach. Von seinen fünf Insassen waren drei (zwei Frauen und ein Mann) sofort tot, während die beiden anderen nach Stunden ihren Verletzungen erlag.



Der Glaube an den „Tausend“-Künstler unerschütterlich

Wo ist Tausends Goldfüllhalter?

Die medizinischen Sachverständigen über den Geisteszustand des Goldmachers

Zwölfter Verhandlungstag

Zu Beginn der Sonnabendverhandlung im Münchener Goldmacherprozeß teilt der Vorsitzende mit, daß der Goldfüllhalter Tausends, den dieser bei seinen Versuchen in der Münze gehabt habe, trotz eingehenden Nachsuchens nicht mehr zu finden sei. Der Verteidiger beantragte hierauf, das Gericht wolle beschließen, daß gleichartige Füllhalter beigebracht werden, es sollten dann diese Goldfedern abgemogen und dabei festgestellt werden, wieviel Gold einer Feder entnommen werden müßte, um das entsprechende Ergebnis von Gold beim Münzversuch zu zeitigen.

Es wird sodann der medizinische Sachverständige Prof. Dr. Soström aus München vernommen. Der Sachverständige erklärt, daß die Untersuchungen auf etwaige geistige Erkrankungen bei Tausend „negativ“ verlaufen seien. Anhaltspunkte, die die Anwendung des § 51 rechtfertigen würden, hätten sich angeblich nicht ergeben.

Er gibt dann eine Schilderung der Persönlichkeit des Angeklagten und kommt dabei auch auf die chemischen Probleme Tausends zu sprechen. Es handele sich hier um die schon bekannte Schwingungstheorie der Atome, die auf dem System der Musik aufgebaut ist. Die Phantasie Tausends sei stark ausgeprägt, allerdings nicht die Fähigkeit, klar und sachlich zu ur-

teilen. Auffallend sei die Hartnäckigkeit, mit der Tausend an seinen Ideen festhalte. Sein Selbstbewußtsein sei zweifellos gestärkt worden durch die Anerkennungen, die ihm von allen Seiten zuteil geworden seien. Zweifellos habe auch seine Art zu leben und aufzutreten bewirkt, ihn in den Augen anderer selbstlicher erscheinen zu lassen. Der Angeklagte habe es verstanden, ein ausgesprochenes Geltungsbedürfnis an den Tag zu legen.

Dann erklärt der Sachverständige zum Schluß, sei es ihm nicht auf materielle Erfolge angekommen, dies sei erst später hinzutreten. Es liege Hysterie in medizinischem, nicht aber in gewöhnlichem Sinne vor. Der Angeklagte habe sich vollkommen in die Rolle eines Erfinders hineingelebt und sie so zu spielen gewußt, daß bei anderen überhaupt keine Zweifel auf-tauchten.

Die meisten der Geschädigten glaubten ja heute noch, daß doch etwas Wahres an den Erfindungen sei.

Die bei den Erfindungen zutage getretenen Unklarheiten hätten dabei keine oder nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Tausend habe an seine Erfindungen geglaubt, denn sonst hätte er nicht so intensiv daran gearbeitet. Zusammenfassend kommt der Sachverständige zu dem Ergebnis, daß Tausend ein selbstbewußter, fanatisch veranlagter, mit hysterischem Einschlag behafteter Mensch sei, der aber für seine Vergehen strafrechtlich verantwortlich gemacht werden müsse.

Das wertvollste Ergebnis dieses äußerst vorsichtig gehaltenen Gutachtens ist also, daß die ergreaktionären „Waterlands-erneuerer“ um Ludendorff in ihrer Goldgrube und Tausend Franz Tausend geradezu in die Großbetrügerrolle hineingedrängt haben.

Die englische Grubenkatastrophe

26 Leichen bisher geborgen

Nach den letzten Meldungen aus London wurden von den rund 50 Bergarbeitern, die sich im Augenblick der Explosion in der Big-Grube befanden, 19 lebend geborgen. 26 Rumpels konnten jedoch nur als Leichen zutage gefördert werden.

Ein unheimlicher Fund

Einen entsetzlichen Fund machten am Freitagabend in Chemnitz Hausbewohner im Flur einer im Zentrum der Stadt gelegenen Schankwirtschaft. Sie fanden dort ein Paket, in dem ein blutiger Frauenkopf eingewickelt war.

Die sofort angestellten Ermittlungen ergaben, daß die Abtrennung des Kopfes vom Rumpf einer etwa 20jährigen Frau mit einem Schlächtermesser oder einem scharfen Beil erfolgt ist. Nach zuletzt eingegangenen Meldungen, ist am Sonnabend am Neumühler Wehr ein Sack mit menschlichen Rumpfteilen aufgefunden worden. Man vermutet, daß es sich um Körperteile der ermordeten Frau handelt, von der am Freitagabend der Kopf gefunden wurde.

Das nennt man „Wohlfahrt“

Eine Erwerbslose, die bereits einhalb Jahre arbeitslos ist und eine Unterstützung von 10,15 Mark erhält, hat Pflichtarbeit, und zwar 32 Stunden die Woche, geleistet. Sie mußte einen langen Weg zurücklegen. Nun erhält sie darauf nach sechs Tagen Wartezeit ein Almosen in Höhe von 6 Mark. Der Vater ist erwerbslos, die Mutter erhält pro Woche 6 Mark. Die eine Tochter erhält überhaupt keine Unterstützung und dazu noch drei schulpflichtige Kinder. Das nennt man: Wohlfahrtsfürsorge der Stadt Breslau!

Und wieder Friseurmeister Martin

Der Friseurmeister Martin auf der Mariannenstraße 19 macht wieder einmal von sich reden. Er behauptet hartnäckig, der im selben Hause wohnende Arbeiter Schartz sei der Schreiber des Artikels in der „Arbeiter-Zeitung“ gewesen. Irgendwelche Beweise kann er natürlich nicht beibringen. Es besteht angeblich sogar die Absicht, den Arbeiter Schartz verprügeln zu lassen. Wir sind überzeugt, daß Schartz die ihm zugebichte Prügel bestimmt nicht wehrlos hinnehmen wird. Auch vertreten wir die Meinung, daß es keinesfalls im Interesse eines kleinen Friseurmeisters liegen kann, einen Dauerkrieg gegen die Arbeiter zu führen. Wir empfehlen Herrn Martin dringend, nun endlich einmal Schluß zu machen mit seinen Behauptungen und mit der Suche nach dem vermeintlichen Berichterstatter und eindeutig durch sein Benehmen zum Ausdruck zu bringen, daß er in den Arbeitern nicht seine Feinde, sondern Menschen sieht, die ebenso viel wert sind wie er und durch deren Großmützigkeit sein Geschäft aufrechterhalten wird.

Marxistische Arbeiterschule

Dienstag, den 3. Januar, um 20 Uhr, Eberantokursus bei Kahn, Werberstraße 37. Dieselbe Zeit: „Deutsche Wirtschaft und Politik“, Referent Genosse Keimann, Lokal Mosler, Uferstraße 20. Mittwoch, den 4. Januar, um 20 Uhr, Stenographiekursus, Lokal Mosler, Uferstraße 20. — Teilnehmer können sich noch zu diesem Kursus melden.

Donnerstag, den 5. Januar, um 20 Uhr, beginnt der neue Kursus: „Imperialismus, Militarismus, Faschismus.“ Lokal Mosler, Uferstraße 20. — Alle Interessenten der „Majak“ werden aufgefordert, an diesem Kursus teilzunehmen. Als Referent ist für diesen Kursus Genosse Wolfweber vorgezogen.

Die „Majak“ eröffnet am 9. Februar einen neuen Kursus: „Proletarische Frauenbewegung.“ Lokal Ansbilg, Enderstraße 1. Wir fordern alle Parteigenossinnen und die uns angeschlossenen Organisationen auf, an diesen Frauenkursus besonders zu werben.

Achtung, Kollporteurs und Straßenhändler

Am Mittwoch, dem 4. Januar, um 20 Uhr, findet in den Geschäftsräumen der „Arbeiter-Zeitung“, Tröschner Straße 50, eine Konferenz aller Kollporteurs, Straßenhändler und Delegationen der Stadtteilleitungen statt. Da es um eine wichtige politische Veranstaltung geht, erziehen wir die Stadtteilleitungen, wenigstens drei oder vier Genossen zur Teilnahme zu bestimmen. Die Straßenhändler müssen selbstverständlich reiflos zur Stelle sein. — Redaktion und Verlagsleitung der „Arbeiter-Zeitung“.

Wir fordern die Amtsenthebung des Bezirksvorstehers Franke

Nachdem erst vor kurzem ein nationalsozialistischer Bezirksvorsteher seiner furchtbaren Einstellung wegen öffentlich angeprangert wurde, konnte man die Hoffnung haben, daß andere ebenso eingestellte Bezirksvorsteher ihre Haltung gegenüber den Unterstützungsempfängern ändern würden. Das ist jedoch nicht eingetreten. Der Bezirksvorsteher Vorkosthändler Franke auf der Westendstraße 51 faßt seine Pflichten nicht so auf, wie es sein möchte. Hier einige Beispiele: Ein alter 71-jähriger Rentnempfangler erlitt im Vorjahre einen Schlaganfall und befindet sich seitdem in ärztlicher Behandlung. Da er keinen Anspruch auf Krankenleistung hat und mit seinen Bettelpfeunigen den Arzt nicht bezahlen kann, muß er den Armenarzt in Anspruch nehmen. Als nun seine Frau im Januar einen Arztschein von Franke erbat, wurde er ihr verweigert. In ihrer Not wandte sich die Frau an den Sachbearbeiter des Wohlfahrtsamtes, der sie zurück an den Bezirksvorsteher verwies und die Ausstellung des Arztscheines veranlaßte. Trotzdem konnte sich Franke nicht verneken, die Bemerkung zu machen: „Wegen solcher Meinungen geht man nicht zum Arzt.“ — Ein zweiter Fall: Die 72-jährige Rentnempfanglerin N. wird krank und bittet um einen Arztschein. Der Bezirksvorsteher Franke erklärt daraufhin, sie solle sich „nicht“ den ganzen Tag auf der Straße herumtreiben, wer dazu imstande sei, sei nicht krank.“ Auf die weiteren Vorstellungen der alten Frau erwiderte Franke, er (Franke) und seine Frau gehen ebenfalls nicht zum Arzt. — Ein dritter Fall: Eine Frau, die ein Unterstützungsgesuch machte, wurde von Franke abgewiesen, wobei er von der „Ausnutzung der Stadt Breslau“ sprach.

Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen das Tun des Herrn Franke und fordern eine sofortige Absetzung, denn schließlich wird das Amt nicht dazu gegeben, damit er seinen persönlichen Gefühlen Luft machen kann, sondern um den Notleidenden zu helfen.

Achtung! Kommunistische Freidenker!

erscheinen heute 20 Uhr Freiheitsgasse 2 zu einer durch das Bezirkssekretariat der Partei angelegten wichtigen Sitzung. Jedes Parteimitglied hat an der Sitzung teilzunehmen.

abend im Pflanzbräu, Friedrich-Wilhelm-Straße 32. Im Februar finden alle Sonntage Ausfahrten ohne Ziel statt. Start 12,30 Uhr am Vereinslokal.

Februar-Programm der Breslauer Radfahrer

4. Februar Sportausführung, 11. Februar Vorstandssitzung bei Böhm, Jahnstraße. — Abteilung Oberort: 8. und 17. Februar Abteilungsabend bei Cichoz, Klosterstraße 125. Abteilung Grabsky: 3. und 27. Februar Abteilungsabend bei Klante, Hochstraße 7. Abteilung Kofolator: 17. Februar Abteilungsabend bei Mallu, Westendstraße 37. Abteilung Stadtmitte: 5. und 19. Februar Abteilungsabend bei Wende, Herrenstraße 7a. Abteilung Oberort: 2. und 16. Februar Abteilungsabend bei Wjczorek, Barischstraße 6. 2. Februar Lichtbildvortrag von Genossen Neumann. Abteilung Scheitig: 10. und 24. Februar Abteilungsabend bei Wolff, Hedwigstraße 15. Abteilung Dürrgog: 3. und 17. Februar Abteilungsabend bei Hoffmann, Schöpfstraße 21. Abteilung Kofentfal: 6. Februar Abteilungsabend bei Dwiekto, Trachenberger Straße. Jugendabteilung: 1. Februar Beichtigung des Zoologischen Museums, 10,15 Uhr, Sternstraße. 5. Februar Ortsgruppen-Jugendausführung bei Böhm, Jahnstraße. 15. Februar Fajtkour nach Deutsch-Lissa, 13 Uhr, am „Lehten Keller“. 8. und 22. Februar Sonntagshaus 17 bis 23 Uhr im Gewerkschaftshaus. Heim West: Jeden Montag Heimabend im Städtischen Jugendheim, Friedrich-Wilhelm-Straße 45. Heim Nord: Jeden Dienstag Heimabend in der Sozialsozialschule, Michaelisstraße 78/80. Motorradfahrerabteilung: 19. Februar Abteilungs-

Oels Getränkesteuer wird eingeführt

Der Zutritt zu der ersten Stadtkonvention im neuen Jahre war nur gegen Eintrittskarten gestattet. Dadurch hat die Arbeiterschaft nicht die Möglichkeit, an den Verhandlungen teilzunehmen. Höhnlich nennt die bürgerliche Zeitung „Polenachse“ sich, daß damit die „Arbeit des Nebenparlaments alias „Hörsaal“ beeinträchtigt sei. Sie täuscht sich aber, wenn sie glaubt, damit sei die innige Verbindung zwischen kommunistischer Stadtverwaltung und der Arbeiterschaft zerrissen.

Die wichtigsten Fragen, die zur Behandlung kommen, waren die Einführung der Getränkesteuer und die vom Gewerkschaften angeführte Forderung von Maßnahmen für die Erwerbslosen. Der Antrag auf Zurverfügungstellung eines Tagesaaltes für die Erwerbslosen wurde dem Magistrat zur Entscheidung überwiesen. Der Antrag, einen Protest gegen die Verringerung der Garnison vom Zappel zu lassen, wurde gegen die Stimme unserer Genossen zurückgenommen. Zur Einführung der Getränkesteuer wurde eine Kommission gewählt, die mit dem Regierungspräsidenten verhandeln soll. Der Jahresbericht wurde zur Kenntnis genommen. Zum ersten Vorsteher wurde ein Bürgerlicher gewählt, bisher war es ein Sozialdemokrat. Zu erwähnen wäre noch die Festlegung des Haushaltsplan der Spar- und Girokasse. Ersterer balanciert in Ein- und Ausgaben mit 21 000 und der zweite mit 57 250 Mark. Der Ratschmann sorgte wie immer für Heiterkeit.

Streifen. Rote Hilfe. Dienstag 19,30 Uhr bei Wegwitz, Mühlbergstraße: Mitgliederversammlung. Alle Roten Helfer haben zu erscheinen.

Briefkasten

Militäretat. Unsere Zeitung hat niemals behauptet, daß der Militäretat Deutschlands 3,5 Milliarden beträgt. Ebenso werden für den Reichstag keine 4,5 Milliarden ausgegeben. Die Reichswehr kostet uns 750 Millionen — das sind 150 Mark pro jeden Erwerbslosen. — Landesleitung der JG. Wir bitten, in der Redaktion vorzusprechen um über die angebliche Arbeiterfeindschaft eines Lokalbeamten in Westen zu sprechen. — Trebnitz. Wir haben einen Bericht erhalten der scheinbar den zweiten Teil eines zusammenhängenden Aufsatzes darstellt. Es handelt sich um eine Mutter, die 8,50 Mark Wochenunterstützung bekommt und drei Kinder zu ernähren hat. Wir bitten den Bericht nochmals zu schreiben.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schneller. Berlin: Dr. von Ullrich. Text: Ernst Schneller, W. d. O., Breslau. — Für Zuschriften: Karl Gansdorf, Breslau.

OTTO REUTTER und 8 Varietäts-Neuheiten Täglich 8,15 Sonntag 4 u. 8,15 Uhr

Beerdigungsanstalt C. Heymann Bestattungs-Versicherung Ueberführung und Feuerbestattung Klosterstraße 87 — Zweiggeschäft Gräb-schener Straße 87 — Telephon 587 47

Ehrliche, oppositionelle SPD.-Arbeiter mit dem Ausschluß bedroht

In der Generalversammlung der Breslauer Sozialdemokratie wurde u. a. folgender Antrag angenommen:

„1. Der neugewählte Parteivorstand wird beauftragt, sofort Stellung zu nehmen gegen die Wählerleien und Geheimversammlungen, die von einer außenstehenden Organisation in besonderem Maße vor den letzten Distriktsversammlungen aufgezogen wurden.“

Das Auftreten dieser Minderheiten in der Partei als organisierte Opposition stellt mit ihrer Fellenbildung und ihren Versammlungspredigten eine große Gefahr für Bestand und Einheit der SPD. in Groß-Breslau dar.

Wir sehen die Handlungsweise der daran führend beteiligten Parteimitglieder als schwere Parteischädigung an und fordern daher, daß eine Untersuchung eingeleitet und das zusammengebrachte Material einer außerordentlichen Vertreterversammlung sowie dem Reichs-Parteivorstand unterbreitet wird.“

Wer ist diese „außenstehende Organisation“, die der Wählerleien und Geheimversammlungen innerhalb der SPD. beschuldigt wird? Sind das etwa die „Rechten“, oder gar die Reichsbannerleute? Nein! Es handelt sich hier um die ehrlichen, sozialdemokratischen Mitglieder, die sich um den Genossen Walter Müller gruppieren. Diese Kollegen haben zwar noch nicht ihren Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei erklärt, sie sind aber der Auffassung, daß die Po-

litik des sozialdemokratischen Parteivorstandes — auch die des „linken“ in Breslau — dem Klassenfeind in die Hände arbeitet. Deshalb bemühen sie sich, die sozialdemokratische Mitgliedschaft über die wahren Wege und Ziele der sozialdemokratischen Führerschaft aufzuklären. Deshalb soll gegen sie eine strenge Unterjuchung mit dem anschließenden Ausschluß erfolgen.

Der angenommene Antrag kennzeichnet, was es mit dem „linken“ Breslauer Parteivorstand auf sich hat. Ein Kuffert, ein Korb, ein Schranm, werden nicht angegeschlossen. Wenn aber einzelne Parteimitglieder sich anschließen, so wird gegen sie sofort mit aller Strenge vorgegangen.

Wir haben keine Veranlassung, gegen die angebrohten Ausschüsse zu protestieren, weil wir durchaus der Auffassung sind, daß ein Klassenbewußter Arbeiter in der SPD. nichts verloren hat. Wenn wir zu dem Antrag Stellung nehmen, so nur, um zu zeigen, daß in der Breslauer Sozialdemokratie in der Tat die Politik und die Behandlung der Mitgliedschaft zu verzeichnen ist, wie es der Berliner Parteivorstand und die Reichstagsfraktion im Interesse der Unterstützung des Kabinetts Brining für notwendig halten. Damit ist auch eindeutig gezeigt, daß die „Opposition“ der Koffstein-Ziegler und Schranm in Wirklichkeit nur eine Scheinopposition ist, die nur einen Zweck hat, und zwar: Verwirrung der Mitgliedschaft, um sie an der Stange zu halten und ihrem Abtritt in die kommunistische Partei vorzubeugen.

Zur gefl. Beachtung!

Ladenverkaufspreise für Henkel-Erzeugnisse

Table with 4 columns: Product Name, Description, Price, and Package Type. Includes items like Persil, Henko, Sil, Ata, Dixin, Gutso.

Die vorstehenden Preise gelten auch für die Packungen, die noch mit dem früheren Preisdruck im Handel sind.

Sämtliche Henkel-Erzeugnisse nach wie vor in unveränderter Güte und Vollkommenheit!

Henkel & Cie. A.-G., Düsseldorf

Waldenburger Bergland

Achtung! Parteifunktionäre im Bergbau!

Mittwoch, den 4. Januar, um 19 Uhr, im „Edelstein“ Walden-
burg: Wichtige Sitzung! Keiner darf fehlen!

Differsbach Aus dem Gemeindeparlament

Einheitsfront von Nazis bis SPD. gegen die Bergarbeiter!

Die Sitzung am 20. Januar war für die Bergarbeiter und Erwerbslosen von gleich wichtiger Bedeutung. Neben der glatten Entscheidung von einem Duzend Punkten stand die kommunistische Entschiedenheit zur Vertagung, die einen scharfen Protest gegen den Lohnabbau der Bergarbeiter einlegte und Gemeindegeldern zur Unterstützung der Bergarbeiter bei eventuellen ausbrechenden Arbeitskämpfen bereitstellte. Wir haben im politischen Teil darüber bereits kurz berichtet. Der SPD.-Gemeindevorsteher Köhler empfahl den ersten Teil zur Annahme mit einer gelinderen Formulierung, den zweiten Teil abzulehnen. Der SPD.- und KPD-Funktionär Lachmuth sprach natürlich dasselbe nach. Dann empfahl Köhler nach den Ausführungen bürgerlicher Sprecher, die Absenden hatten, plötzlich die gesamte Ablehnung, und siehe da, Lachmuth war auch umgeschwenkt. Er griff den Genossen B e d e r wegen den Streikvorbereitungen der KPD. an. Dabei sprach er zu Bed e r mit „Sie“ unter dem Gelächter selbst seiner Fraktionsgenossen. Abstimmung: Von Nazis bis SPD. geschlossen für den Lohnraub, gegen die Bergarbeiter!

Eine kommunistische Anfrage, ob der Gemeindevorstand bereit ist, die Maßnahmen gegen die Wohlfahrtsberufskassen, denen Köhler kammet, für 20 Pfennig Stundenlohn Schnee und Eis zu laden, einzustellen und die Arbeiten im Tariflohn ausführen zu lassen, löste eine ausgebreitete Diskussion aus. Gegen die Stimme des Kommunisten wurde beschlossen, so zu verfahren. Genosse B e d e r wandte sich scharf gegen jede Pflichtarbeit sowohl wie auch gegen jede Arbeit unter Tarif und verlangte, daß insbesondere solche Erwerbslose zum Tariflohn eingestellt werden, denen nur Tage zur Unwirtschaft fehlen. Wir kommen zu der Angelegenheit, wie der Parteifunktionär Köhler die Erwerbslosen „betrunken“, noch besonders und ausführlich zurück.

Rothenbach

Sie können das Schwindeln nicht lassen

In der Nummer 24 der „Dreiwacht“ wird ein Artikel veröffentlicht mit der Überschrift: „Keine Vorbeeren.“ Darin wird der Versuch unternommen, die öffentliche Versammlung des Internationalen Bundes sowie den Redner in dieser Versammlung herabzusetzen. Unsere Leser wissen ja, daß die „Dreiwacht“-Schmierfinken darin allerhand los haben. Wir haben also nicht notwendig, etwas zur Verteidigung des betreffenden Genossen zu sagen. Es genügt hier darauf hinzuweisen, daß dieses Verleumdervort selbst zu feige war, in der Versammlung das Wort zu ergreifen. Der Grund dafür ist nicht schwer zu erraten. Sie wissen ganz genau, daß sie bei einer öffentlichen Auseinandersetzung den Märgen nicht abgeben würden. Sie wissen weiter, daß ihre Schwänze in den sozialdemokratischen Filialen nicht wie in den Gewerkschaften und so auch im Reichsbund immer mehr einziehen können, wie man mit ihnen Schwindeln treibt. Und aus dieser Angst vor der weiteren Frucht ihrer Mitglieder sind sie gezwungen, durch ihre Verleumderei dieser Frucht Einhalt zu gebieten, was ihnen aber bestimmt nicht gelingen wird. Der Internationale Bund der Arbeiter und Arbeiterinnen wird weiter wie bisher die Arbeiter aufklären und den bisher bereits erzielten Erfolg nun erst recht weiter festsetzen.

Rothenbach

Doppelverdiener Hoffmann klagt

Der allein Arbeitende des niederschlesischen Reviers durch seine Unverschämtheit letztem bekannte Bezirksleiter und Doppelverdiener Hoffmann versucht seinen Feiern Sand in die Augen zu streuen. Auf Grund ehrlicher sozialdemokratischer Arbeiter, die von der sozialdemokratischen „Paradiese“, genannt „Bezirksnappschaff“ die Rede sein sollte, mußte Hoffmann eine Klage anstrengen wegen eines falschen Verleumdung. Als ob diese Laster des Hoffmanns wie Hoffmann überhaupt noch zu verurteilen wären. Aber aus dieser Unverschämtheit erwuchs nichts weiter als Freigabe, die wir an anderer Stelle bereits angeprangert haben. Auch durch diese Klage wird es ihnen nicht gelingen, daß sich immer mehr Arbeiter dem verwerflichen Einfluß der Sozialdemokratie entziehen und sich allen Verleumdungen zum Trotz in die rote Klassenfront einreihen.

Wüstegiersdorf

Ein Spalter erledigt

Im Arbeiterturnverein versuchte seit längerer Zeit der SPD.-Gewerkschaftssekretär Kramer Zerstückungsbau zu leisten. Als es ihm dabei nicht gelang, gegen bewährte Turngenossen auszuweichen, um dadurch den Verein zu zertrümmern, ging er dazu über, eine Reichskammerparteiabteilung aufzusuchen. Deshalb sollte er in der letzten Mitgliederversammlung zur Rechenschaft gezogen werden. Er war aber zu feige, selbst zu erscheinen, hatte an seine Stelle den Gewerkschaftssekretär Herrmann geschickt, der ihm dann Bericht erstatten sollte, was alles gesagt worden war. In der Versammlung löste das Verhalten von Kramer die größte Empörung aus, und die Versammlung beschloß bei einer Stimmenthaltung, Kramer aus dem Verein auszuschließen.

Durch diesen Beschluß haben die Turner gezeigt, daß sie die Rolle der SPD. in der Arbeiterbewegung und die des Gewerkschaftssekretärs Kramer erkannt haben. Es ist höchste Zeit, daß diese Erkenntnis auch bei den übrigen Arbeitern eintritt. Sie dürfen sich nicht mehr durch „schöne“ Phrasen täuschen lassen, sondern die Beurteilung nach Taten der SPD. einstellen. Deshalb gilt es sich einzureihen in die SPD. und in die KPD, um gegen die Zerstückung der Arbeiterklasse überall mit Erfolg kämpfen zu können.

Lehmwasser

Kopfsteuer diktatorisch eingeführt

Die letzte öffentliche Gemeindevertreterversammlung fand im Gemeinhaus zum „Dreiwachtgrund“ statt. Zunächst wurden die Beschlüsse der letzten Sitzung verlesen und die Berichtserstattung über deren Ausführung entgegengenommen. Dann kamen wieder Wohlfahrtsangelegenheiten zur Verhandlung. Der Antrag der Frau Anna G u s c h e l auf Erhöhung der Unterstützung wurde abgelehnt, entgegen unserem Antrag, der eine Erhöhung der bisherigen Unterstützung von 19,85 auf 40 Mark verlangt. Durch unser Eintreten

schickte die Gemeindevertretung gegenzugungen, der Frau schließlich eine einmalige Unterstützung von acht Mark zu bewilligen. Der Arbeitslose Max E l t e r beantragte ebenfalls eine Unterstützung von 15 Mark. Diese Forderung wurde von den gesamten Gemeindevertretern gegen unsere Genossen bekämpft und ihm schließlich der Richtmaß von 7 Mark zugesprochen. Bei einem gleichen Antrage des Erwerbslosen Otto B r o s c h e, der nicht auf der Tagesordnung stand, nahm die Wohlfahrtskommission dieselbe Stellung ein und bewilligte auch nur 7 Mark, während unser Genosse für 15 Mark eingetreten war.

Unter dem Punkt „Verfälschungen“ gab der Genosse E l t e r bekannt, daß an Albert Köhler auch 7 Mark bewilligt worden sind von den 40 Mark, welche von der Weihnachtsbeihilfe noch zur Verfügung stehen. Dann wurde über den Antrag der kommunistischen Jugend auf Bereitstellung eines Schulkimmers für ihre Heimabende verhandelt. Es wurde dem Antrage stattgegeben.

Wegen der mäßigen Finanzverhältnisse, die durch die Stilllegung des Schulfachschichtes hier eingetreten sind, war auf Antrag des Gemeindevertreters Fischer die Regierung um Hilfe angegangen worden. Als Antwort darauf wurde von der Aufsichtsbehörde die sofortige Einführung der Bürgersteuer, die Erhöhung der Biersteuer diktiert und weitere neue Steuern zur Belastung der Werktätigen in Vorschlag gebracht. Außerdem wurde äußerste Einschränkung aller Sozialausgaben verlangt und auch die Einstellung der Kinderleistungen gefordert. Unser Genosse nahm Veranlassung, den zahlreich erschienenen Zuhörern diese Antwort entsprechend anzuprangern und zu zeigen, in welcher brutalen und rücksichtslosen Weise die Ausplünderung des Proletariats betrieben wird. Die SPD. und auch ihre sogenannte Opposition hatte nichts gegen diese Antwort einzuwenden und bewies damit, daß ihre Opposition nur ein Mandat ist.

Bolkenhain

Teilstillegung

der Mechanischen Weberei

Obwohl jetzt nur noch 150 Personen in der Mechanischen Weberei beschäftigt sind, stehen weitere Entlassungen bevor. Zunächst soll der Betrieb dadurch eingeschränkt werden, daß nur noch an drei bis vier Tagen gearbeitet wird. Und außerdem ist beabsichtigt, die ohnehin schon so zusammengeschmolzene Belegschaft, die ehemals 1200 Mann stark war, noch weiter zu reduzieren. Es droht also der hiesigen Arbeiterschaft eine weitere Verschärfung ihrer miserablen Lage. Deshalb sollte sie sich schon heute bereit machen, um gemeinsam mit der gesamten Arbeiterschaft am 25. Februar gegen diese Hungerdiktatur aufzumarchieren.

Sagan

SPD.-Betrugsmanöver

Drei Tage hatte die SPD. hier Trommelfeuer angezettelt. Gratis ließ sie eine Sondernummer der „Vörlischer Volkszeitung“ verteilen, in der u. a. in großen Letztern der Satz prangte: „Nun heraus aus dem Dreck!“ Dazu wäre zu sagen, daß als Ergänzung zunächst einmal hätte hinzugesetzt werden müssen, daß die SPD. es gewesen ist, die die Arbeiterklasse in den Dreck hineingebracht hat. Weiter steht auf der ersten Seite folgendes: „Wenn wir als Sozialdemokraten am 6. Dezember 1930 im Reichstag gegen die Brüning-Regierung es gewagt hätten aufzutreten, so hätte die Regierung sich keine 24 Stunden halten können usw.“ Dann fragt der Artikelschreiber: „Was wäre dann geworden? Da eine Regierung der Kommunisten mit den Rechten unmöglich gewesen war, wäre eine Regierung der Nazis und Landhändler entstanden. Diese wäre wohl imstande gewesen, alles einzureihen, aber nichts aufzubauen.“

Hier wird also von der SPD. ganz offen zugegeben, daß sich Brüning nur durch die Hilfe der SPD. halten konnte. Daß die SPD. es also ist, die das wertvolle Volk dem Hungerfurch der Regierung überließ und damit sich ebenso wie in der Vergangenheit auch jetzt wiederum als Wegbereiter für die faschistische Diktatur betätigte. Wohin diese Politik führt, haben die letzten Wochen bis in die jüngste Zeit hinein eindeutig gezeigt, und es ist ein starkes Stück, wenn diese Leute heute trotzdem den Mut haben, die Arbeiter erneut einzuführen, indem sie ihnen einzureden versuchen, daß nur die Sozialdemokratie imstande sei, die Arbeiterklasse aus dem Dreck herauszuführen. Über die Empörung, die allenthalben sich auch in sozialdemokratischen Arbeitertreffen bemerkbar macht, zeigt, daß dieses Manöver keinen

Kommunisten und SPD.-Arbeiter gegen Faschismus

Stahlhelmer müssen unter dem Druck der Arbeiter eigenen Saalschuh ausweisen

Petersdorf i. Hgb. Einen bösen Reinfall erlebten hier die der braunen Nordpest verdammten Stahlhelmer. Sie hatten für den 27. Januar eine öffentliche Versammlung nach dem „Deutschen Haus“ einberufen, aber als sie in der Versammlung erschienen, mußten sie feststellen, daß der Saal bereits von revolutionären Arbeitern überfüllt war. Die Herrschaften wählten nun, mittels ihres Hausrechtes noch nach auf ihre Kosten zu kommen; aber als der Vorsitzende der Versammlung bei Eröffnung auf dieses Hausrecht verwies, da schon ihm ein donnerndes Hohngelächter entgegen. Der Referent, dem man schon von weitem die Erziehung auf einem wühlhelminischen Kasernenhof ansah, mußte auch sehr bald erfahren, daß hier nichts zu erspären war. Immer wieder von dem Hohngelächter der Arbeiter unterbrochen kam er fast gar nicht zum Reden. Der Leistung war es mittlerweile schmal zumute geworden. Vielleicht hatten sie auch schon die Hosen voll, als auf ihre Hüften „Rettung“ ankam; wenigstens glaubten sie das. Mitten im „Referat“ erschienen nämlich ein auswärtiger Saalschuh. Aber nun wurde ihnen eine Lektion erteilt, wie sie sie wahrscheinlich noch nicht erlebt haben. Unter dem Druck der versammelten Arbeiter mußte

die Versammlungsleitung selbst das herbeigerufene Nord-
geschindel aus dem Saale weisen.

Unter tosendem Beifall zog das Nordkommando ab, da sonst der Referent nicht mehr hätte weiterreden dürfen. Auf den Quatsch hier einzugehen, lohnt sich nicht. Hervorgehoben werden soll nur, daß er es nicht wagte, ein Wort gegen die Kommunisten und die Sowjetregierung zu sagen. Dann kam die Diskussion. Zuerst ergriß ein SPD.-Ma-

Freiburg

Pölsch. Dienstag, den 2. Februar, um 18,30 Uhr, im „Neu-
baum“, wichtige Gemeindevertreterversammlung. Arbeiter von Pölsch
eure Interessen stehen auf der Tagesordnung.

Schweidnitz

Sozialismus hinter dem Ofen

Streikl. Am 27. Januar berief die SPD. Siephanshain eine öffentliche Erwerbslosenversammlung ein, für welche aber nur Dr. Kantschke Zutritt haben sollten. Die Versammlung sollte bei einem Parteimitglied der SPD. stattfinden. Da in Siephanshain auch die KPD. vertreten ist, wurde einem unserer Genossen vor dem Beginn der Versammlung durch ehren Voten folgendes Schreiben an-
gestellt:

An den Kommunisten Robert Wittner, hier.

Durch Ihre Aeußerung, die Sie heute Zeugen gegenüber gemacht haben, daß Sie mit den anderen Genossen die Versammlung sprengen wollen, fühle ich mich veranlaßt, Sie unerbittlich zur Anzeige zu bringen wegen öffentlicher Aufreizung. Mithin verbiete ich Ihnen ohne Verzug das Lokal sowie Ihren Genossen. Sobald Sie das Grundstück betreten, klage ich Sie an wegen Hausfriedensbruch. (Polizei ist benachrichtigt.)
gezeichnet der Vorstand der SPD.

(Stempel)

Sozialdemokratische Partei,
Ortsgruppe Siephanshain.

Trotzdem gingen aber die kommunistischen Genossen geschlossen in die Versammlung. Als sie hindamen, waren schon vier „Augen des Gefechtes“ zur Beobachtung und zum Schutze anwesend. Über unsere Genossen liegen sich auch durch den „Schutz“ nicht abhalten, dem Arbeiterführer Hoppe durch Zwischenrufe ihre Meinung erkennen zu geben. Die Leitung der Versammlung wagte nicht mehr vom Hausfriedensbruch zu reden. Wahrscheinlich ist ihnen selbst zum Bewußtsein gekommen, wie feige und erbärmlich sie sich durch ihr Schreiben gezeigt hatten.

Streikl.

Erwerbslosenaussschuß gebildet

Am 28. Januar fand hier eine gutbesuchte Erwerbslosenversammlung für Streikl. und die umliegenden Orte statt, die einen guten Verlauf aufwies und deren Verlauf von einem geschlossenen Kampfgeist bezeugt war. Als Referent war ein Kollege vom Kreiserverwerbslosenaussschuß erschienen, der über die Lage der Erwerbslosen sprach und die Notwendigkeit des festen Zusammenschlusses aller Erwerbslosen betonte. Aus der Diskussion beteiligten sich außer einem Genossen der SPD. auch ein Parteilofer, die dem Referenten zustimmten. Es wurde darauf ein Erwerbslosenaussschuß gegründet. Die Adresse des Vorsitzenden lautet: H e i n r i c h P a u e r, Streikl. Alle Kollegen, die irgendwas in der Erwerbslosenfrage erfahren wollen, wenden sich an diese Adresse.

Niederschlesien

Erfolg haben wird. Das gleiche gilt von der schamlosen Verleumdungspropaganda gegen die KPD., die von jenen Sozialfaschisten in der sogenannten Erwerbslosen-„Tribüne“ betrieben wird.

Wie die Nazis „Geschäfte“ machen

Die sogenannte „Arbeiterpartei“ — die Nazis — gibt sich in letzter Zeit große Mühe, auch hier Stimmung für das „Dritte Reich“ zu machen. Fast alle Wochen veranstalten sie eine öffentliche Versammlung. Eine Ausnahme lassen sie nicht zu, weil sie nur zu gut wissen, daß unsere Genossen ihnen dann die Maske vom Gesicht reißen würden. Sie versuchen daher ihre Versammlungen durch faule Witze und blöde Verleumdungen etwas „interessant“ zu machen. Die sogenannten besessenen Bürger der Stadt Sagan, die sich als Zuhörer zu diesen Nazivorstellungen einfanden, tauschen dann über die fälschlichen Witze und zahlen dafür hohe Eintrittspreise, damit sich die Nazihauptlinge für das Geld den Bauch vollstrecken können. In einer Versammlung, die hier am Freitag stattfand, in welcher der „berühmte“ Gauleiter B r ü d n e r sprechen sollte, verlangte man sogar 50 Pfennig Eintritt, die Erwerbslosen sollten 25 Pfennig bezahlen. Es geht ihnen nicht darum, den Kleinverdienenden zu helfen, sondern ihr Streben geht dahin, möglichst viel Geld aus der Bevölkerung herauszulocken, damit ihre Führer ein herrliches Leben dafür führen können. Das sollten mit der Zeit auch die kleinen Gewerbetreibenden einsehen, denn sie müssen doch begreifen, daß, wenn die Nazis es wirklich ernstlich meinen, sie dann keine Angst vor kommunistischen Diskussionsrednern haben brauchen. Wenn die Gewerbetreibenden eine Besserung ihrer schlechten Lage erstreben, dann können sie das nicht durch die Nazis oder mit ihnen, sondern nur in gemeinsamer Front mit den Arbeitern, die in der kommunistischen Partei für alle Werktätigen kämpfen.

Wort, aber da er ein gut Teil der gegen die SPD. vorgebrachten Vorwürfe nur dadurch „verteidigen“ konnte, daß er den Stahlhelmen und den Bürgerlichen ähnliche Verbrechen nachwies, blieben seine Ausführungen wirkungslos. Erst durch das Eingreifen unserer Genossen änderte sich das Bild. Drei der KPD. angehörende Proleten sprachen, und einer nach dem anderen rechnete mit der Nordhand ab, wie sie sich sowohl im Stahlhelm als auch bei den Nazis sammelt hatten. Gleichzeitig zeigten sie unter stürmischer Zustimmung, daß nur ein gemeinsames Vorgehen aller Arbeiter imstande sei, diese Pest auszurotten.

Als unser letzter Redner seine Ausführungen mit einem „Hoch!“ auf die kommunistische Partei und Sowjetrußland schloß, erlaubte sich ein Nazi „Pfui!“ zu rufen, und wieder mußte die Leitung dem Druck der Arbeiter folgen und den Frechling aus dem Saal weisen. Das Schlüsselwort des Referenten war nichts weiter als ein hilfloses Gestammel. Die Arbeiter erhoben sich, die „Internationale“ erklang und die Stahlhelmerversammlung, gedacht als Vorstoß gegen die Arbeiter, wurde ein Ansporn zur Aktivierung unserer Arbeit bei der Schaffung der revolutionären Einheitsfront gegen den Faschismus.

Es muß es überall sein. Nirgends kann die braune Nordpest Fuß fassen gegen den Willen der Proleten. Um diesen einheitlichen Willen überall auszulösen, diesem Zwecke soll der am 1. März stattfindende Antifaschistenkongress in Breslau dienen. Sorgt dafür, daß dem Beispieler der Petersdorfer Arbeiter entsprechend auch die sozialdemokratischen Arbeiter auf diesem Kongress recht zahlreich vertreten sind, dann wird der Faschismus nie und nimmer in Schlingen zu Fall kommen.

30 Millionen führen nach Brot

Mehr als 10 Millionen Arbeiter in den USA. sind auf die Straße geworfen und suchen Arbeit. Die überwältigende Mehrheit dieser Erwerbslosen steht völlig mittellos da. Sie haben nicht einmal jene Brocken der Arbeitslosenunterstützung, wie sie in einigen europäischen Ländern ausgezahlt wird. Die Zahl jener, die buchstäblich Hunger leiden, beläuft sich mit ihren Familienangehörigen auf etwa 30 Millionen.

Bürgerliche Statistiker haben errechnet, daß die amerikanische Arbeiterklasse im Jahre 1930 mehr als 8 Milliarden Dollar weniger an Löhnen eingenommen hat als 1929. In einem Jahr fiel die Lebenshaltung der Arbeiterschaft als Ganzes um etwa ein Drittel infolge der Lohnkürzungen und der Arbeitslosigkeit, ohne daß dabei die Folgen der Heerarbeit und der längeren Arbeitszeit berücksichtigt wären.

In den Wintermonaten hat die Krise neue, noch nie erreichte Maße angenommen. Hunderttausende Familien werden aus ihren Wohnungen evakuiert, weil sie die Miete nicht zahlen können; die Schlangen bei den Küchen der Heerarmee und sonstiger „Wohltätigkeits“einrichtungen wachsen ins Riesenhafte, die ekelhafte und brutale „Wohltätigkeit“ der Bourgeoisie macht sich breit; eine Welle von Selbstmorden der Schwächeren und verzweifelten Elemente geht durch das Land; auf dem flachen Lande wächst die Zahl der Hunger leidenden Farmer in die Millionen.

Während der letzten Dezembertage und in der ersten Januarhälfte erhob sich eine ganze Welle von „Hungermärschen“. Die Demonstranten forderten von den lokalen Behörden und den Staatsregierungen Unterstützung. Überall im ganzen Lande kam es zu solchen Hungermärschen. In mehr als 20 Städten, von Neuyork bis Kalifornien, von Minnesota bis Louisiana, nahmen etwa 80 000 Arbeiter, die sich lokal zu Erwerbslosen aus schlossen zusammengeschlossen hatten (die wiederum mit den revolutionären Gewerkschaften in Verbindung standen) an diesen Hungermärschen teil. Diese Hungermärsche waren von den Kommunisten organisiert und geführt.

Mit der steigenden Zahl der Hungermärsche zur Unterstützung dieser Forderungen haben Massenaktionen eingeleitet, um sich in den Besitz von Nahrungsmitteln und Unterlunftsstellen zu setzen. In Youngstown, Toledo, Cleveland und Chicago haben Arbeitslosenmassen Wochenmärkte und Speisehäuser besetzt und sich genommen, was sie brauchten, unter der Parole: Laßt euch von der Stadtverwaltung bezahlen! Öffentliche Gebäude und Räumlichkeiten von Wohltätigkeitsgesellschaften wurden von den Arbeitslosen als Unterlunftsräume mit Beschlag belegt. Arbeiter, die aus ihren Wohnungen evakuiert wurden, haben, unterstützt von Massenkundgebungen, die durch die Arbeitslosen aus schüsse unterstützt wurden, ihre Möbel gewaltsam in die alten Räume zurückgeschafft.

Während die Massenbewegung der Arbeitslosen in den Städten bereits voll im Gange war, begann unter den hungernden Farmern die Bewegung: an vielen Stellen beschlagnahmten die Farmer Lebensmittel, um sich vor dem Hunger zu retten. In großen Agrargebieten, vor allem im Süden und im Westen, hungern große Massen von Farmern, in manchen Fällen die Mehrheit der Bevölkerung ganzer Bezirke. Die Hungerkrankheit Pelagra tauchte überall in diesen Gebieten auf.

Um die zunehmenden lokalen Kämpfe zu einer großen Aktion für Unterstützung und Arbeitslosenversicherung im Landesmaßstabe zusammenzufassen, führt der Arbeitslosen-Ausschuß durch seinen Reichsvorstand eine Kampagne zur Sammlung von Unterschriften für die „Geheesvorlage zur Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung“, wie sie von der kommunistischen Partei und „Liga für Gewerkschaftseinheit“ vorgeschlagen wurde. Überall werden auf Massenkundgebungen Delegierte gewählt, die sich am 10. Februar als eine große Sammeldelegation nach Washington begeben sollen, um dem Kongreß diese Forderung vorzulegen. Am 10. Februar sollen in allen Städten Massendemonstrationen durchgeführt werden, um das Auftreten der Delegation in Washington zu unterstützen.

Zugleich mit dieser Kampagne rüsten die Erwerbslosenaus schüsse unter der Führung der kommunistischen Partei und der Roten Gewerkschaften mit größter Energie zum 25. Februar, dem Weltkampftag gegen die Arbeitslosigkeit.

Eare Browder (Neuyork).

Die Weber von Lancashire stehen fest!

Einigungsverhandlungen unter Vorsitz Macdonalds gescheitert — Vor der Aussperrung von 250 000 Spinnereiarbeitern

Sp. London, 31. Januar. Die Regierungsintervention in der Aussperrung der Weber von Lancashire ist erfolglos geblieben. Die Verhandlungen, die Ministerpräsident Macdonald und Arbeitsminister Wih Bondfield seit zwei Tagen mit Vertretern des Textilarbeiterverbandes und den Weberbesitzern führten, sind am Freitag zusammengebrochen. Die Führer der Gewerkschaften haben am Freitagabend London verlassen, woraus hervorgeht, daß mit einer baldigen Wiederaufnahme der Verhandlungen kaum zu rechnen ist.

Die Unternehmer haben nach Abbruch der Besprechungen in London ihre Mitglieder aufgefordert, ihre Betriebe bis auf weiteres geschlossen zu halten und die Anweisungen der Arbeitgeberverbände abzuwarten.

Infolge des Scheiterns der Verhandlungen und der Regierungsintervention dürfte der Arbeitskonflikt in Lancashire jetzt noch größeren Umfang annehmen. Es ist zu erwarten,

daß im Laufe der nächsten Woche zahlreiche Spinnereiarbeiter in den Konflikt hineingezogen werden und schließlich die ganze Textilindustrie von Lancashire lahmgelegt wird. Mehr als 500 000 Arbeiter würden in diesem Falle ausgesperrt sein.

Wachsende Arbeitslosigkeit in Frankreich

Sp. Paris, 31. Januar. In außerordentlich starkem Maße wächst die amtliche Zahl der Erwerbslosen in Frankreich von Woche zu Woche. Sie betrug am 24. Januar 29 450 gegenüber 22 464 in der Vorwoche. In der gleichen Zeit des Vorjahres zählte man 1484 Arbeitslose. Etwa 45 000 Stellungs suchenden konnte keine Arbeit nachgewiesen werden. In dieser Ziffer sind die Tausende von ausländischen Stellungs suchenden sowie die Kurzarbeiter nicht einbegriffen.

Vor großen Wirtschaftskämpfen in Polen

Die Textilarbeiter von Lodz treten in den Kampf

Mehrere Belegschaften im Streik gegen Lohnabbau — Massenentlassungen in Polnisch-Schlesien

(WTB.) Warschau, 31. Januar. Unter der Arbeiterschaft der Textilfabriken des Lodzer Industriebezirk herrscht wegen der Absicht der Unternehmer, die Löhne abzubauen, wachsende Erregung. In verschiedenen Fabriken sind die Arbeiter bereits in den Ausstand getreten.

Gestern demonstrierten in Lodz die streikenden Arbeiter der Fabrik Gaher gegen die Absicht der Direktion, Streikbrecher einzustellen. Hierbei kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, wobei einige Demonstranten verletzt wurden.

(WTB.) Kattowitz, 31. Januar. Nach einer Statistik des Wojwodschaftsamt zählte die Wojwodschaft Schlessien gegenwärtig 52500 Arbeitslose. Diese Zahl dürfte sich im Laufe des Februars infolge der Kündigung großer Werke stark erhöhen.

So entläßt das Städtstoffwerk Byrow seine 500 Arbeiter, ebenso werden 300 Arbeiter des Städtstoffwerkes Chorow entlassen. Die Balidon-Hütte beantragte beim Demobilisierungskommissar die Entlassung von 200 Arbeitern, die Friedenshütte die Entlassung von 150 Arbeitern.

Welle 411 — Potrowff

Eine wolgadeutsche Radiostation

Am 1. Februar wird die Radio-Sendestation der Wolgadeutschen Räte-Republik in Potrowff in Betrieb genommen. Die wolgadeutsche Station sendet auf Welle 411, und zwar immer in den Abendstunden von 17—24 Uhr. Ihre Sendungen werden in deutscher und ukrainischer Sprache erfolgen.

Die eigene Radiostation der Deutschen Wolgarepublik ist eine neue große Errungenschaft des kulturellen Aufbaues. Nunmehr ist das entfernteste Dorf der wolgadeutschen Steppe ständig mit Potrowff, dem wolgadeutschen Zentrum, verbunden. Ein jeder wolgadeutsche Arbeiter und Bauer, ein jeder Kollektivist oder Einzelbauer wird künftig, unabhängig davon, ob er des Lesens und Schreibens kundig ist, aufs engste mit dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Republik verknüpft sein. So wird der wolgadeutsche Rundfunk zu einer mächtigen Waffe in den bevorstehenden entscheidenden Kämpfen an der Kultur- und Wirtschaftsfrent werden.

20 Prozent Lohnerhöhung

für die Eisenbahner in der Sowjetunion

(WTB.) Moskau, 31. Januar. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Die sowjetrussische Presse stellt die große Bedeutung des Aufstieges des Vorsitzenden des Volkskommissariates, Molotoff, und des Sekretärs des Zentralkomitees der Kom-

munistischen Partei der UdSSR, Stalin, zur Frage der Arbeit im Transportwesen fest und erklärt: Dieser Aufruf bringt das Problem der Rekonstruktion des Transportwesens und seiner Anpassung an die Bedürfnisse der sich rasch entwickelnden Volkswirtschaft in seiner ganzen Größe zum Ausdruck.

Das Organ des Zentralrates der Sowjetgewerkschaften „Trud“, betont, daß der Aufruf neben den klar ausgeprägten Weisungen über die Rekonstruktion der ganzen Arbeit im Transportwesen auch die Weisung enthält, die Löhne aller Kategorien der Eisenbahner zu steigern. So wird der Arbeitslohn für Lokomotivführer von Passagierzügen von 209 bis 252 Rubel, und für Lokomotivführer von Güterzügen von 188 bis 226 Rubel erhöht.

Sowjetunion entsendet Herzje

zur Bekämpfung der Lungenpest in Persien

(WTB.) Moskau, 31. Januar. Angesichts der an der sowjetrussisch-persischen Grenze — im persischen Teil des Karabagh — vorgekommenen Erkrankungen an Lungenpest hat die Sowjetregierung beschlossen, den am meisten bedrohten Abschnitt an der sowjetrussisch-persischen Grenze von der Station Megri bis zur Station Dnman zu sperren.

In der Republik Aserbeidschan wurden strenge Abwehrmaßnahmen gegen die Krankheit getroffen. Die Sowjetregierung hat den persischen Behörden Beistand, insbesondere durch Entsendung von russischen Ärzten und Sanitätspersonal, angeboten.

Die Strasse ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von N. Tokunaga

Verlegt bei Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin.

25. Fortsetzung.

„Die Tatsachen, die uns in diesen fünfzig Tagen in so einen entscheidenden Kampf gedrängt haben, sind erstens, daß die Seijukai-Partei in der Reichstagswahl die entscheidende Mehrheit gewonnen hat; zweitens, die Gefahr, die immer noch durch die Krise der Banken droht, und drittens, der Rücktritt des Kabinetts aus den obengenannten Gründen.“

Katai unterbrach seine Ausführungen, weil er darauf aufmerksam gemacht wurde, daß jemand ins Zimmer wolle.

„Hallo!“

Drei Männer traten herein. Der älteste, ein dicker Mann mit kurzgeschnittenen Haaren, war Oda, der Vorsitzende des J.A., der junge Mann im europäischen Anzug war der beste Redner der Gewerkschaft, und der dritte, in schmuggigen japanischen Kleidern, Mitamura von der Druckereigewerkschaft Otsa.

„Hast du eine gute Keise gehabt?“

Nachdem sie sich wortlos die Hände gedrückt hatten, sagte Oda und lächelte allen gutmütig zu:

„Einen Moment, vor der Begrüßung möchte ich etwas mitteilen.“

Takagi als Versammlungsleiter war einverstanden.

„Ich habe eine kleine Neuigkeit gehört: sämtliche Buchdruckereienternehmer sind aus dem Schlichtungsausschuß ausgeschieden.“

Die Leute sahen sich an. — Schlechte Komödianten! Hagimuras Lippen zuckten verächtlich.

Der Bericht über die gestrige Zusammenkunft Owas und Schibufatas und den Besuch Moshitas bei dem jüngeren Schibufata erledigte alle Zweifel.

„Englich!“ brummte Takagi.

„Ent-schei-den-der-Kampf!“ stand allen sichtbar in der Luft geschrieben und hielt sie in ihrem Bann.

Front

1. Verhaftung

Der eifige Wind stieß von beiden Seiten tobend in das Tal zwischen dem Schimijudanihang und dem Hattuanwald herunter und stieg wie eine Fontäne wieder über die nassen, schlammigen Dächer der Mietkasernen, die wie altes Papier im Regen lagen.

„Hallo, Essen kommt“, schrie eine Frau im roten Wollunterrock an der Wasserleitung der ersten Barade und schwenkte die Kinderwindeln, die sie gewaschen hatte. Sie sah den Lastwagen, der seinen Hintern hochspringen ließ wie ein Pferd, als er über die Straßenbahnseilbahnen in die Straße einbog.

Dieser Lastwagen, mit langen Fahnen behangen, war mit Reisbäcken, Shoju und allem, was nötig war, beladen. Aus den Baraden kamen eilends fünf oder sechs Frauen und einige Kinder in dünnen Schlafenden.

„Wartet, wartet — das ist — das ist...“, schrie Otsa die geschwähige Alte, sich vordrängend, „das ist der Lastwagen unseres Bundes, der Genossenschaft in Kanto.“

Die alte Otsa, die die Schriftzeichen ihres eigenen Namens nicht zu lesen verstand, kannte schon die Inschriften der Fahnen auf dem Auto.

„Bravo, sie leben — hoch!“

Die Männer auf dem Wagen erhoben ihre Fäuste.

„Bravo!“ antworteten die Weiber und Kinder.

„Siehst du, unsere Genossenschaft ist immer noch oben auf, wenn die Kleinhändler auch vom Streik schon pleite gehen.“

An diesem Morgen war Otsa mit bläulichem Gesicht aufgestanden. Immer wieder mußte sie in diesen Tagen an Miatij denken, als sie unter dem Herd Feuer machte, als sie sich ihr Gesicht wusch, immer, das Bild Miatijis kam nicht aus ihren Gedanken.

Der Kopf war ihr schwer, ihre Brust schmerzte, und obwohl sie sich zusammennahm, fühlte sie eine Würdigkeit in allen Gliedern, als wollten die Gliedmaßen auseinanderfallen. Die Schwester meinte, das sei der natürliche Zustand der Schwangerschaft und tröstete sie. Otsa wollte der Schwester keine Sorgen machen, sie schaute sich, vor der tatkräftigen Schwester zu klagen.

Sie fühlte in diesen Tagen die ersten Bewegungen des Kindes. Das kleine Wesen, dessen Dasein sie vor einem Monat noch nicht geahnt hatte, wuchs unaufhörlich in ihrem Leibe. In ihren leeren Gedanken empfand sie diese ersten Bewegungen des Kindes wie Stöße und wurde selbst verzagt wie ein Kind. Während sie gemeinsam mit ihren Kollegen in ihrem Streiklokal arbeitete, trat auf ihr junges Gesicht mit der Momoware-Frisur plöblich der Ausdruck eines Erschreckens, in dem Freude und Leid nicht zu unterscheiden waren.

Aber ihr Schicksal war nur eine belanglose Episode an der revolutionären Front. Unaufhörlich warteten neue Aufgaben, sie mußte noch in der Straßenhandels- und in der Verpflegungsabteilung arbeiten.

Seit gestern war eine Resolution im Lokal der dritten Streikgruppe, zu der Otsa gehörte, angeschlagen.

Resolution

Es muß jedem japanischen Arbeiter jetzt klar sein, daß die Unternehmer den Streik der Daido-Druckerei ausnützen wollen um, wie die Gesellschaft es schon im Frühjahr geplant hat, die Gewerkschaften zu vernichten.

Dieser provokatorische Angriff der Gesellschaft ist zweifellos der erste Fieb, den die herrschende Unternehmerrgesellschaft gegen die proletarische Klasse geführt hat. Die Verbesseren der Unternehmerrklasse haben jetzt die unrettbare politische und wirtschaftliche Katastrophe verursacht, und nun wollen sie alle Kräfte dieser Katastrophe der proletarischen Klasse aufwälzen und die wertvollen Kräfte in Arbeitslosigkeit und Hunger stoßen.

Jetzt haben wir Proletarier klar zu erkennen, daß wir die Streikenden der Daido-Druckerei vor der Gefahr der räuberischen Offensive der Unternehmer unterstützen müssen. Alle müssen der Bedeutung dieser großen Aufgabe bewußt werden.

Das erste erweiterte J.A. des Rates der japanischen revolutionären Gewerkschaften ruft alle angeschlossenen Gewerkschaften Japans auf, mit aller Kampfkraft den Streikenden der Daido-Druckerei zu helfen. In den kommenden Kämpfen müssen wir einen entscheidenden Sieg erringen. (Streikdokument S. 38.)

Das erste erweiterte Zentralkomitee des Rates der japanischen revolutionären Gewerkschaften.

Diese Resolution hatte der Vorsitzende Oda mitgebracht, als er vorgestern von Otsa kam. Der Kampf war in eine dritte Etappe eingetreten und hatte das schon ermattende Feuer der ermüdeten Streikler von neuem entzündet.

* Japanisches Maggi.

(Fortsetzung folgt)

Riesiges Waffenlager der Nazis und des Stahlhelms entdeckt

12 Maschinengewehre, 90 Gewehre und große Mengen Munition ausgehoben — Der Besitzer von der Polizei selbstverständlich freigelassen!

Königsberg, 31. Januar. (Eig. Bericht) Dieser Tage wurde in Jageln bei Marienburg im Gewölbe eines Erbgräbnisses von der Polizei ein riesiges Waffenlager ausgehoben, das 12 Maschinengewehre, 90 Gewehre, große Mengen Munition und anderes Kriegsmaterial enthält. Der Verwalter der Domäne, zu der das Erbgräbnis gehört, ist Mitglied des Stahlhelms und arbeitete in engster Verbindung mit den Nazis, wie auch das Waffenlager zu gleichen Teilen dem Stahlhelm und den Nazis gehörte. Der Verwalter wurde verhaftet, jedoch nach Stellung einer geringen Kaution wieder freigelassen (!) Das Waffenlager war durch Familienangehörige eines anderen Domänenpächters zur Anzeige gebracht worden, so daß die Polizei notgedrungen das Waffenlager ausheben mußte.

In der letzten Zeit vergeht fast kein Tag, an dem nicht die Aushebung eines faschistischen Waffenlagers gemeldet wird. Das liegt nun keineswegs an dem „Eifer“ der Polizeibehörden, die in diesen Fällen nur notgedrungen ihre „Pflicht“ erfüllen. Aber um so deutlicher signalisiert diese Tatsache der Arbeiterschaft die fieberhaft betriebene Bewaffnung der

faschistischen Konterrevolution zum blutigen Bürgerkrieg gegen das Proletariat.

Die Naziführer lieben es, von ihren „legalen“ Absichten zu schwätzen und die Bewaffnung ihrer Bürgerkriegsbanden mit bodenloser Frechheit zu leugnen. Aber die täglichen Mordüberfälle der Nazis auf Arbeiter, die ständigen Aushebungen von faschistischen Waffenlagern sprechen eine andere Sprache.

In Wirklichkeit sind die Nazi- und Stahlhelm-Banden bis auf die Zähne bewaffnet, wenn auch der größte Teil ihrer Waffen noch in sicheren Verstecken, vorwiegend bei den Großgrundbesitzern auf dem Lande, ruht. Hier befinden sich die Schlupfwinkel und Waffenkammern der faschistischen Bürgerkriegsgarden.

Diese Schlupfwinkel auszuraubern, die illegalen Waffenlager der Faschisten aufzudecken, das ist eine wesentliche Aufgabe der Landarbeiter und der schaffenden Bauern mit Unterstützung des großstädtischen Proletariats.

Die werktätigen Massen sind gewarnt. Mit noch größerer Beschleunigung muß die wehrhafte antifaschistische Einheitsfront der werktätigen Millionenmassen in Stadt und Land geschmiedet werden.

Nazis und die Not der Bauern

Der kneipende Nazi-Abgeordnete

Wegen angeheiterter Stimmung von der Rednerliste gestrichen

In den Versammlungen auf dem Lande behaupten die Nazis immer wieder mit frecher Stirn, daß nur sie allein auch in den Parlamenten die Forderungen der Bauern und der Landarbeiter vertreten würden. Sie belügen damit bewußt das Landvolk. Das hat sich in den letzten Tagen wieder deutlich gezeigt. Drei Tage lang wurden im Preussischen Landtag die Etats der Landwirtschaft, Domänen und Gesteine behandelt. Die Großgrundbesitzer aus den verschiedenen Parteien redeten stundenlang von ihrer angeblich großen Not. Der wirklichen Not der schaffenden Bauern und Landarbeiter nahmen sich nur die Kommunisten an. Nur die Kommunisten stellten Anträge mit Forderungen für die Kleinbauern, Pächter, Siedler und Landarbeiter.

Endlich, am dritten Tage, meldete sich auch der Nazimann Lohse (Altona) zum Wort. Als ihm das Wort erteilt wurde, sah er mit seinen Kumpanen in angeheiterter Stimmung im Landtagsrestaurant, so daß der nächste Redner das Wort bekam. Im Berliner „Angriff“ vom 30. Januar schwindelt diese Lügengemeinschaft der Heftigkeit vor, die Nazis hätten zum Landwirtschaftsetat nicht das Wort genommen, weil das Haus nicht genügend beleuchtet gewesen sei. „Man soll bekanntlich die Perlen nicht vor die Säue werfen“, schreibt der „Angriff“. Eine Sauerei ist es allerdings, wenn die „Ritter des Dritten Reiches“ bei der Besprechung der unbeschreiblichen Not des schaffenden Landvolkes im Parlament sitzen und sich besaufen. Kasper, WbD.

SPD.-Arbeiter erklärt:

„Unsere Führer treiben Volksbetrug“

Stürmische SPD.-Mitgliederversammlung in Düsseldorf — Große Lärmereien, vorzeitiger Schluß

Düsseldorf, 31. Januar. Nach langer und gründlicher Vorbereitung fand am Donnerstag die Jahresmitgliederversammlung der SPD. in Düsseldorf statt. An der Tagung fand eine äußerst scharfe Kontrolle statt, um „SPD.-Spitzel“ fernzuhalten. Dabei wurden eine Reihe von SPD.-Mitgliedern juridisch verworfen, angeblich weil sie kein Mitgliedsbuch hatten, tatsächlich aber, weil sie mit den Maßnahmen der Bürokratie nicht voll und ganz einverstanden sind. Trotzdem ist unser Düsseldorfer Bruderblatt, die „Freiheit“, in der Lage, ausführlich über diese Versammlung zu berichten.

Die Versammlung bot ein einzigartiges Bild von dem katastrophalen Zustand der SPD. Beispiellose Lärmereien, persönliche gegenseitige Beschimpfungen, Spitzel auf der einen und Bravourakte auf der anderen Seite wechselten miteinander ab. Dabei versuchten die Vertreter des Reichsbanners und der Schufa, die SPD.-Mitglieder zu terrorisieren. Die Empörung der proletarischen Mitglieder zeigte der Diskussionsredner W., der erklärte:

„Die Partei hat nichts Positives für die Arbeiter unternommen. Statt sich für die Interessen der Arbeiter einzusetzen, beteiligen sich unsere Führer weiter am Volksbetrug, am Preisabbau, am Sohrraub usw. Die Haltung der Führer ist möglich, weil der Kadavergehorsam der Mitglieder den Willen der Mitgliedschaft nicht zur Geltung kommen läßt.“ („Spitzel“ und „Bravo“-Rufe und ungehörter Lärm.)

Die Versammlung wurde schließlich immer erregter, so daß

Görlitzer SAJ. aufgelöst

Massenübertritte zum Kommunistischen Jugendverband

Dreslau, 31. Januar. Nachdem bereits der erste Vorsitzende der SAJ. in Görlitz, der Genosse Karl Würzburg zum Kommunistischen Jugendverband übergetreten war, ist nunmehr durch die SPD.-Bonzen die gesamte Ortsgruppe der SAJ. wegen ihrer oppositionellen Haltung aufgelöst worden. Vorher wurde ein SAJ.-Genosse Petermann ausgeschlossen, weil er einen Lügenbericht gegen die Sowjetunion in der „Erwerbslosentribüne“ veröffentlicht hatte. In der letzten Mitgliederversammlung drohten die SPD.-Bonzen den Jugendlichen mit der Polizei, worauf sie geschlossen das Jugendheim verließen. In einem Flugblatt wurde darauf die Auflösung der Gruppe bekanntgegeben. Ein Teil der Jugendlichen hat bereits die notwendigen Konsequenzen gezogen und sich dem Kommunistischen Jugendverband angeschlossen.

Das nennt sich „Kampf gegen Faschismus“

Crispien läßt SPD.-Arbeiter von Reichsbanner-Kollkommandos niederschlagen

Offene Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter

Dresden, 31. Januar. (Eig. Bericht.) Die drei SPD.-Versammlungen, in denen Crispian, Toni Sender und Stampfer am Freitag „gegen den politischen Mordmob“ sprachen, gestalteten sich zu einer schweren politischen Niederlage der SPD., die sie in einem Falle mit blutigen Provokationen beantwortete.

Während in Dresden-Neustadt und Dresden-Leuten die kommunistischen Redner unter dem stürmischen Beifall eines großen Teils der Versammlung sprechen konnten, kam es in der Hauptversammlung in Dresden-Zentrum, in der Crispian referierte, zu unerhörten Provokationen durch die SPD.-Versammlungsleitung. Als sie merkte, daß mehr als zwei Drittel der Versammlung aus oppositionellen Arbeitern bestand, ging sie zur bewußten Sprengung über. Mitten im Referat schloß sie kurzerhand die Versammlung und hieß die Reichsbannerriegen auf, den Saal zu räumen.

Während von zwei Seiten Polizei in den Saal drang, schlugen gleichzeitig die Kollkommandos des Reichsbanners auf die Arbeiter ein. Dabei wurde auch ein 55jähriger SPD.-Arbeiter derart geprügelt, daß er blutig zusammenbrach.

Diese Vorfälle lösten unter den Arbeitern eine ungeheure Empörung aus.

SPD.-Arbeiter zerrissen ihre Mitgliedsbücher und warfen sie den Schlägern des Reichsbanners ins Gesicht.

Die Jungsozialisten erklärten Crispian, als er sich in den Streit einmischte, daß sie diesen Skandal nicht länger mitmachen, worauf sie von Crispian als „Lausejungen“ beschimpft wurden. Selbst unter den Reichsbannerarbeitern brach offene Empörung aus.

So sieht der „Kampf“ der SPD.-Führer gegen den Faschismus in der Praxis aus. Den ständig wachsenden Einheitswillen

des Proletariats beantworten sie mit blutigen Provokationen. Gegen den Faschismus wettern sie mit leeren Redensarten, aber gegen die zur Einheitsfront drängende Arbeiterschaft organisieren sie den brutalsten Terror.

Aber diese Schurkereien der SPD.-Führer werden nur erreichen, daß die ehrlichen und massenbewußten SPD.-Arbeiter noch rascher und zahlreicher zur roten antifaschistischen Einheitsfront stoßen.

Der „Dank des Vaterlandes“

Brutaler Abbau der Kriegsofferversorgung

Nazis und SPD. gegen die Kriegsoffer — Nur die Kommunisten kämpfen für ihre Interessen

Im Haushaltsauschuß des Reichstags wurde am Sonntagabend der Etat für Versorgung und Ruhegehälter beraten, der gegenüber dem Vorjahr um über 100 Millionen Mark gekürzt ist. Die Kürzung erstreckt sich hauptsächlich auf die Unterstützung der Kriegsoffer, während die hohen Pensionen der Offiziere in der gleichen Höhe geblieben sind.

So werden fast 113 Millionen Mark für etwa 28 000 Offiziere ausgegeben, die also eine Durchschnittspension von fast 4000 Mark pro Jahr erhalten. Für 900 000 Kriegesbeschädigte hat man aber nur 538 Millionen Mark übrig, so daß die Hungerrente eines Kriegesbeschädigten etwa 800 Mark im Jahr oder etwa 50 Mark pro Monat im Durchschnitt beträgt.

Auch bei der Hinterbliebenenversorgung sollen in diesem Jahr 35 Millionen Mark eingespart werden. Bei der Heilbehandlung für Kriegesbeschädigte sind erneut 2,5 Millionen Mark gekürzt worden. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums kündigte außerdem noch weitere Gesetze an, die neue Verschlechterungen für die Kriegsoffer bringen werden.

Alle Anträge der Kommunisten, die Versorgung wieder auszubauen, wurden von allen bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD. abgelehnt. Die nationalsozialistischen Manufakturier hatten überhaupt keine Anträge für die Kriegsoffer eingebracht. Die SPD. wagte nicht, die Forderungen der Kriegesbeschädigten zu vertreten. Die Kommunisten waren überhaupt die einzige Partei, die zu diesem Etat eigene Anträge eingebracht hatte.

Todesopfer bei Nazi-Schießübungen

Niesitz (Oberlausitz), 31. Januar. In Moholz hat gestern Abend eine nationalsozialistische Versammlung stattgefunden, in der es infolge von Nazi-Provokationen zu einigen Zusammenstößen mit Arbeitern kam. Ein Kommando Schutzpolizei, das von Görlitz nach Moholz unterwegs war, traf auf der Landstraße eine Gruppe Nazis, die ebenfalls nach Moholz wollten, und zwei Schwerverletzte bei sich hatte. Obwohl diese Leute zweifellos unterwegs bei Schießübungen durch ihre eigenen Feinde verletzt waren, tischten sie nach bekannter Methode das Märchen auf, daß sie von Kommunisten angeschossen seien. Einer der Nazis ist inzwischen im Krankenhaus verstorben.

Die bürgerliche Presse benutzt dieses offensichtlich Lügenmärchen der Nazis dazu, um eine hundsgemeine Hege gegen die kommunistische Partei zu veranstalten. Sie scheuen sich sogar nicht, offen von Severing Verbotsmaßnahmen zu fordern. Die bürgerlichen Presseagenturen, insbesondere die Tel.-Anten des Herrn Hugenberg, veröffentlichen in der letzten Zeit systematisch Massen von Tendenzmeldungen, um Severing zu einem schärferen Vorgehen gegen die kommunistische Partei zu veranlassen. Die Arbeiterschaft, die aber täglich das Treiben der braunen Nordbanditen beobachtet, weiß ganz genau, welche Absichten hinter den bürgerlichen Lügenmeldungen stecken, zweifelt aber auch nicht daran, daß Severing alles daran setzen wird, um Hugenbergs Wünsche zu erfüllen.

Vor dem Zusammentritt des Reichstags

Die bevorstehende Tagung des Reichstags, die am 3. Februar zusammentritt, wird sich in der Hauptsache mit dem Hungersetat Brünings und mit dem Osthilfe-Gesetz zugunsten der Agrarier beschäftigen. Während insbesondere durch Streichung der sozialen Ausgaben mehr als eine Milliarde Mark am Etat eingespart werden soll, soll dieselbe Summe (nämlich 1 Milliarde) in der Form der sogenannten Osthilfe in die Taschen der raubgierigen Großagrarier bugliert werden. Die Verhandlungen über diese „Osthilfe“ dauern noch an. Da aus Kreisen der Industrie gegen einseitige Bevorzugungen der Landwirtschaft teilweise Bedenken erhoben werden, rechnet man damit, daß auch die Osthilfe keine Mehrheit finden wird. Es wird daher schon heute angekündigt, daß die Osthilfe mit dem Artikel 48 ebenfalls wie der Etat in Kraft gesetzt werden soll. Bemerkenswert sind auch die Ausführungen des Staatssekretärs Schmidt von der Deutschen Volkspartei in Elberfeld, daß er es „bei einer Krise über den Etat für durchaus möglich halte, den Reichstag nicht wie jetzt auf zwei Monate, sondern auf 12 Monate auszuschalten“.

Wir sind überzeugt, daß so wie in der Vergangenheit, auch in der Zukunft der Reichstag eine willfährige Mehrheit für den Artikel 48 Herrn Brünings zur Verfügung stellen wird, weswegen jeder Grund zu einer längeren Vertagung wegfällt.

Macdonalds Amnestiebetrug in Indien

London, 31. Januar. Subhas Chandra Bose, der nationalsozialistische Bürgermeister von Kalkutta, kam gestern aus dem Gefängnis und wurde einige Stunden später wieder verhaftet.

Entgegen der Polizeiverordnung war er nach Matran gekommen, um ein Meeting anlässlich des Unabhängigkeitstages abzuhalten. Tausende versammelten sich, und als die Polizei erschien, um Bose zu verhaften, wurde sie mit einem SteinhaueI empfangen. Berittene Polizei und Polizei zu Fuß wurde ausgedrängt, um die Menge zu zerstreuen. Dabei wurden mehrere Demonstranten verwundet und verschiedene verhaftet.

Bose wurde heute wieder zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wegen Aufruhr und unerlaubter Versammlung. Insgesamt wurden von über 60 000 Verhafteten im ganzen Lande nur etwa 1200 ausgewählte Leute, darunter Gandhi selbst, freigelassen.